



DER LANDTAG

Die Parlamentszeitschrift für Schleswig-Holstein



Kompromiss und Konflikt

Die schwierige Suche nach Mehrheiten

Inhalt

Kompromiss und Konflikt	5 – 12
Faul oder fair: Prof. Wilhelm Knelangen über Kompromisse	5
Jamaika-Bilanz: Gegensätze und Gemeinsamkeiten	6
Im Rückblick: 1950 boykottierten CDU und SPD die Landtagssitzungen	8
„Jugend im Landtag“: Rauchverbot, Führerschein und ein turbulentes Planspiel	10
Der immer buntere Bundesrat	12
Die Seite für das Ehrenamt	13
Personalien	14
Im Zentrum:	16 – 17
Bundespräsidenten auf Besuch in Kiel	
Plenarberichte	18 – 20
Nazi-Symbole auf Nummernschildern, Verhütungsmittel, Artenvielfalt	18
Gestresste Notaufnahmen, Schwimmunterricht	19
Klimaschutz und Flüchtlinge	20
Ausgabe 444: Fast ein Jubiläum	21
Pizza, Matjes und Schweinebraten: Zitate des Jahres 2017	22
Leichte Sprache auf der Wahl- Benachrichtigung wurde wieder abgeschafft	24
Nachgehakt: Paragraph 175, Majestäts- beleidigung, Brustkrebs-Vorsorge, neue Bahnlinie	25
Ausschüsse	26 – 28
Bildung: Pro und kontra G9-Abitur	26
Verkehr: Überholverbot auf der A7?	27
S-Bahnausbau, PUA, Termine 2018	28
Bücherecke, Impressum	29
Im Porträt: Annabell Krämer (FDP), Ole-Christopher Plambeck (CDU)	30
Ins Bild gerückt: Zu Besuch im Landeshaus	31
Termine, Termine, Termine	32

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

die Suche nach parlamentarischen Mehrheiten ist mühsam. Das hat sich nach der Landtagswahl im Mai gezeigt, und mehr noch nach der Bundestagswahl im September. Zum Jahresende ist noch nicht abzusehen, wie ein neues Regierungsbündnis in Berlin aussehen wird.

Wir beleuchten in dieser Ausgabe das Spannungsfeld zwischen Kompromiss und Konflikt. Wie weit darf, wie weit muss eine Partei gehen, um eine Einigung zu erreichen? Hierzu nimmt der Politikwissenschaftler Prof. Wilhelm Knelangen Stellung. Wie gut funktioniert Jamaika in Kiel? Koalition und Opposition haben da unterschiedliche Auffassungen. Außerdem: Auch die „Jugend im Landtag“ macht sich auf die Suche nach Argumenten und Mehrheiten. Und wir schauen zurück ins Jahr 1950, als sich CDU und SPD im Landtag so spinnefeind waren, dass sie wechselseitig die Sitzungen boykottierten. Kompromisse, gar eine „GroKo“, waren damals nicht in Sicht.

Viel Spaß beim Lesen, frohe Feiertage und ein schönes 2018 wünscht

Ihre Redaktion

ZÄHLBARES

53

Tage dauerte nach der Landtagswahl die Kompromissfindung der Jamaika-Partner, bis der Ministerpräsident im Amt war.

Mehr zum Thema
Kompromiss und Konflikt
ab Seite 5

Verfassungsklage gegen Fünf-Prozent-Hürde

Das Landesverfassungsgericht wird prüfen, ob Teile des Landeswahlgesetzes möglicherweise verfassungswidrig sind. Grundlage ist der Einspruch eines Bürgers gegen die Landtagswahl 2017 (Az. LVerfG 7/17).

Der Bürger bezieht sich auf ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts aus dem Jahr 2012. Karlsruhe hatte den Effekt des sogenannten negativen Stimmgewichts im deutschen Wahlrecht angeprangert. Dabei kann eine Partei unter bestimmten Umständen Mandate verlieren, wenn sie ihren Zweitstimmenanteil verbessert. Der Bundestag hat daraufhin die strittige Regel für Überhangmandate neu gefasst und auch Ausgleichsmandate zugelassen.

Der schleswig-holsteinische Einspruchsführer beklagt einen ähnlichen „erwartungswidrigen“ Effekt durch die Fünf-Prozent-Klausel. Sein Argument: Es hänge auch von der Wahlbeteiligung ab, ob der Sprung über die Sperrklausel gelingt oder nicht. Bei einer geringen Beteiligung reichen Partei „A“ weniger Wählerstimmen zum Einzug ins Parlament, bei einer hohen Wahlbeteiligung sind entsprechend mehr Stimmen nötig. Die Wahlenthaltung oder das Votum für eine andere Partei hätten somit einen direkten

Einfluss auf die Erfolgsaussichten von Partei „A“ – ohne dass der Wähler dies überblicken könne.

Der Kläger beanstandet zudem die sogenannte Grundmandatsklausel. Sie garantiert den Einzug ins Parlament für Parteien, die die fünf Prozent verfehlen, aber einen Wahlkreis direkt gewinnen. Auch dies könne zu „erwartungswidrigen Ergebnissen“ führen. Außerdem beklagt der Bürger, dass eine Partei einen Kandidaten von ihrer Liste streichen kann, wenn dieser nach der Listenaufstellung aus der Partei austritt.

In seiner 36-seitigen Klageschrift fordert der Einspruchsführer Änderungen am Landeswahlgesetz sowie eine Wiederholung der Landtagswahl. Das Parlament und der Landeswahlleiter hatten die Beschwerde im September abgewiesen, der Landtag erneuerte diese Auffassung im Dezember. Wann das Schleswiger Verfassungsgericht seine Entscheidung trifft, war bei Redaktionsschluss offen.

Dank an die Polizei

Das Parlament dankt der Landespolizei. Das hat das Präsidium des Landtages Anfang Dezember in der Polizeischule Eutin betont. Landtagspräsident Klaus Schlie und seine Vizes Kirsten Eickhoff-Weber, Rasmus Andresen und Oliver Kumbartzky reisten nach Ostholstein, um den Einsatz der Beamten beim Hamburger G20-Gipfel Anfang Juli zu würdigen. Sie versprachen der Einsatzhundertschaft, den Polizeianwärtern und deren Chefs, dass sich der Landtag fraktionsübergreifend seiner Verantwortung für die Polizei bewusst sei und künftig den direkten Kontakt weiter stärken wolle.



Kubicki, 1992

Wortwörtlich



„Ihre Rede war hübsch vorgetragen, aber sie entsprach den Kassen Schleswig-Holsteins: völlig inhaltsleer.“

(in seiner ersten Landtagsrede am 3. Juni 1992 an die Adresse des damaligen SPD-Ministerpräsidenten Björn Engholm)



„Die Koalitionsvereinbarung sollte doch Drehbuch fürs Kabinett und nicht fürs Kabarett sein.“

(am 23. Mai 1996 über das damalige rot-grüne Bündnis)



„Ich bin so toll, bin so charmant, bin Peter Harry von Nordstrand. Es fehlen nur noch die La-Ola-Wellen in den Reihen der CDU.“

(am 25. Januar 2007 über den damaligen CDU-Ministerpräsidenten Peter Harry Carstensen)



„In meiner gesamten anwaltlichen Tätigkeit als Verteidiger trete ich regelmäßig gegen das Land Schleswig-Holstein auf.

Die Staatsmacht ist mein Gegner.“

(am 18. März 2010)



„Wenn ich immer wieder das Eingeständnis Ihrer Fehler höre, kommen Sie mir vor wie ein Arzt, der gerade einen Patienten hingerichtet hat und nun erklärt: Leute schickt mir einen neuen, damit ich weiter üben kann.“

(am 9. September 2010 an die Adresse der SPD)



„Es gibt eine feine Linie zwischen Selbstbewusstsein und Arroganz.

Wer weiß das besser als ich?“

(am 29. Juni 2017)



„Wenn die Massenmedien fragen, was die Demokratie kostet, kann ich nur feststellen, dass Nicht-Demokratie am teuersten ist.

Sie kostet die Freiheit und unter Umständen das Leben.“

(am 14. Dezember 2017 in seiner letzten Landtagsrede)



Debattenbeiträge des langjährigen FDP-Fraktionsvorsitzenden Wolfgang Kubicki, der am 14. Dezember sein Landtagsmandat nach 25 Jahren niedergelegt hat, um sich auf die Bundespolitik zu konzentrieren.

Drei Volksinitiativen auf dem Weg

Die Volksinitiative „Schleswig-Holstein stoppt CETA“ ist zulässig. Das hat der Landtag im Oktober entschieden. Im Mai hatten Vertreter der Kampagne dem Parlament 25.600 Unterschriften vorgelegt, von denen rund 21.000 für gültig erklärt wurden. 20.000 wären nötig gewesen. Die Initiative wird zunächst im Innen- und Rechtsausschuss, im Wirtschaftsausschuss sowie im Petitionsausschuss beraten, wo die Initiatoren Anfang Dezember zu Gast waren. Zudem erreichte den Landtag eine Initiative für größere Abstände zwischen Windanlagen und Wohnhäusern, die nach eigenen Angaben mehr als 25.000 Unterschriften zusammenbekommen hat. Eine weitere Initiative mit rund 23.000 Unterschriften will erreichen, dass keine Windparks in Orten ausgewiesen werden, wo der Gemeinderat oder ein Bürgerentscheid dagegen sind. Nun muss zunächst die Gültigkeit geprüft werden. **Mehr zur Wind-Diskussion auf Seite 20.**

Neue Abgeordnete, neue FDP-Führung

In der November-Sitzung hat Landtagspräsident Klaus Schlie die CDU-Abgeordnete **Andrea Tschacher (Foto)** verpflichtet. Die 44-Jährige aus Aumühle (Kreis Herzogtum Lauenburg) übernahm das Mandat der ausgeschiedenen Petra Nicolaisen, die im September in den Bundestag gewählt wurde. Tschacher war die nächstfolgende Kandidatin der CDU-Landesliste. Sie ist Verwaltungsoberinspektorin und hat zuletzt im Jobcenter Herzogtum Lauenburg gearbeitet.



Seit Dezember gehören **Jan-Marcus Rossa** und **Jörg Hansen (Foto, v. li.)** der FDP-Fraktion an. Sie ersetzen Ex-Fraktionschef Wolfgang Kubicki, der ebenfalls in den Bundestag gewählt wurde, und Heiner Garg, der sich auf seinen Posten als Sozialminister konzentrieren will. Hansen ist Polizist und kommt aus Stockelsdorf (Kreis Ostholstein). Der Rechtsanwalt Rossa stammt aus Dassendorf (Kreis Herzogtum Lauenburg). Beide sind Jahrgang 1964.

Kubickis Posten als Fraktionschef übernimmt der bisherige Parlamentarische Geschäftsführer (PGF) **Christopher Vogt**. Er erhielt die Stimmen von sieben der neun FDP-Abgeordneten. Ein Fraktionsmitglied enthielt sich, Vogt selbst nahm nicht an der Abstimmung teil. Kubicki wurde zum Ehrenvorsitzenden der Fraktion auf Lebenszeit gekürt. Neuer PGF ist **Oliver Kumbartzky**, der sein Amt als Landtagsvizepräsident aufgibt. Diese Position übernimmt **Annabell Krämer**, die der Landtag einstimmig gewählt hat. **Mehr zu ihr auf Seite 30, weitere Personalien auf den Seiten 14 und 15.**

Hilfe für Obdachlose

Ende November hat Landtagspräsident Klaus Schlie in der Kieler St.-Heinrich-Kirchengemeinde die frisch sanierte Notunterkunft für Obdachlose mit eingeweiht. Schlie, der seit zwei Jahren Schirmherr des Gemeinde-Fördervereins für die Obdachlosenbetreuung ist, freute sich, dass die Wiedereröffnung der Unterkunft „angesichts des nahenden Winters gerade zur richtigen Zeit“ erfolge. Im vergangenen Jahr suchten dort 390 Menschen ein schützendes Dach über dem Kopf. Die Räumlichkeit mit vier Betten und einem Sanitärraum kann das ganze Jahr über für eine Nacht in Anspruch genommen. Außerdem bietet der Förderverein täglich mehrere Mahlzeiten, Kleidung und Beratung an.



Weihten die neuen Räume ein: Architektin Sigrid Müller, Propst Leo Sunderdiek, Kiels Oberbürgermeister Ulf Kämpfer, Speisesaal-Leiter Torsten Hensler, Landtagspräsident Klaus Schlie

Beauftragter fordert Gutachten zur Barrierefreiheit

Mehr Engagement für die Barrierefreiheit in Gebäuden fordert der Behindertenbeauftragte Ulrich Hase. Notwendig seien fachliche Gutachten für öffentliche und öffentlich zugängliche Gebäude, sagte Hase Anfang Dezember bei der Vorstellung seines Tätigkeitsberichts. „Denn in fast allen öffentlichen Gebäuden, in die ich reingehe, fehlt etwas.“ Er begrüßte einen von der Landesregierung geplanten Fonds für Barrierefreiheit. Der beinhalte zwar nur zehn Millionen Euro. „Zum ersten Mal wird aber ein Zeichen gesetzt“, so Hase. Nach seinen Angaben lebten in Schleswig-Holstein Ende 2015 mehr als 545.000 Menschen mit Behinderung.

„Jugend im Landtag“ will SH modernisieren

Die „Jugend im Landtag“ fordert bessere Rahmenbedingungen für junge Leute in Schleswig-Holstein. So regten die mehr als 80 Nachwuchspolitiker bei ihrem dreitägigen Treffen Ende November im Landeshaus ein günstiges landesweites Bus- und Bahnticket an, für alle Schüler, Azubis und Studenten. Die Fahrradwege im Lande sollen ausgebaut werden, und auf den Dörfern soll es bessere Busverbindungen geben – vor allem am Wochenende. Auch an den Schulen verlangen die 15- bis 21-jährigen einen Modernisierungsschub. Das Land soll marode Schulgebäude und Sportanlagen systematisch in Stand setzen. Und: Die Computertechnik soll auf der Höhe der Zeit sein. So fordert „Jugend im Landtag“ flächendeckendes WLAN und zeitgemäße Lern-Software wie etwa digitale Wörterbücher.

Mehr zu „Jugend im Landtag“ auf den Seiten 10 und 11. Das Pressteam hat ein Video über die Veranstaltung gedreht: www.sh-landtag.de/service/jugend/

Bürgerpreise für die „Zukunft vor Ort“

Der Bürgerpreis von Sozialausschuss und Sparkassen stand im Jahr 2017 unter dem Motto „Vorausschauend engagiert: real, digital, kommunal“. Ausgezeichnet wurden Anfang November in Kiel ehrenamtlich Aktive, die sich für eine „Zukunft vor Ort“ einsetzen, wie die Jury herausstrich. So konnte die 18-jährige Ann-Kathrein Gräning aus Staudum (Kreis Nordfriesland), die sich bereits seit ihrem zwölften Lebensjahr in verschiedenen Institutionen engagiert, den Hauptpreis in der Kategorie U 21 entgegennehmen. Sieger in der Kategorie Alltagshelden wurde der Verein „Herbstsonne“ aus Neumünster, der finanzschwache Senioren unterstützt. Den Ehrenpreis für sein Lebenswerk erhielt Gerd Hausotto für sein mehr als 40-jähriges Engagement, insbesondere im Stadtteil Kiel-Hassee. Die Sieger erhielten je 3.000 Euro. Weitere fünf Nominierte konnten sich über 500 Euro freuen. Insgesamt bewarben sich 46 Projekte.

Großer Zulauf bei Antidiskriminierungsstelle

Menschen, die wegen ihrer Herkunft, einer Behinderung oder ihres Geschlechts benachteiligt werden, wenden sich vermehrt an die Antidiskriminierungsstelle des Landtages. Die Zahl der Beratungsgespräche stieg 2015/2016 auf 325, berichtete die Bürgerbeauftragte Samiah El Samadoni Anfang November bei der Vorstellung ihres Tätigkeitsberichts. 2013/2014 waren es noch 139. Nach der Beratung erstritt beispielsweise ein Syrer, der mehrfach nicht in eine Disco durfte, vor Gericht eine Entschädigung von 1.000 Euro, die er spendete. Ein in Deutschland geborener Türke bekam 700 Euro, weil ein Fitnessclub für die Mitgliedschaft ohne Rechtsgrundlage einen deutschen Pass verlangte.



Freude über den Bürgerpreis (v.li.): Christof Ipsen (Sparkassen- und Giroverband), Ann-Kathrein Gräning, Gerd Wollert (Verein „Herbstsonne“), Gerd Hausotto, Birgit Kafvelström (Verein „Herbstsonne“), Landtagsvizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber

Montage: Überschriften aus dem November 2017



Prof. Wilhelm Knelangen

„In Deutschland gibt es eine Skepsis gegenüber Kompromissen“

Dass konservative Christdemokraten, wirtschaftsnahe Liberale und ökologisch denkende Grüne gemeinsam Politik machen könnten, schien noch vor kurzem undenkbar. Nun drängen die Wahlergebnisse Schwarz, Grün und Gelb in Richtung Jamaika. In Kiel kam man gemeinsam an, in Berlin nicht. Dort kommt wieder Schwarz-Rot ins Spiel. Gesucht werden jeweils Kompromisse, ohne die eigenen Überzeugungen aufzugeben. Wir haben den Politikwissenschaftler Prof. Wilhelm Knelangen von der Uni Kiel zum Wesen des politischen Kompromisses befragt.

Der Begriff „Kompromiss“ hat im Deutschen oft einen negativen Klang, man spricht etwa von „faulen Kompromissen“ oder „Formelkompromissen“ oder setzt den Begriff gleich mit „Opportunismus“. Woher stammt dieser schlechte Ruf des Kompromisses?

„Den schlechten Ruf führe ich wesentlich auf die späte Demokratisierung der deutschen Politik zurück. Weil sie an der Macht nicht beteiligt waren, verstanden sich die Parlamentarier im Kaiserreich ausschließlich als Vertreter ihrer Wählerklientel. Als es in der Weimarer Republik darum ging, parlamentarische Regierungen zu bilden, fiel es den Parteien schwer, die Unterschiede zu überbrücken, weil das als Verrat an der reinen Lehre wahrgenommen wurde. In der deutschen politischen Kultur hat sich diese Skepsis gegenüber dem Kompromiss erhalten. Das ging lange gut, weil in ‚Lagerwahlkämpfen‘ jeweils solche Bündnisse siegten, die ideologisch relativ nahe beieinander waren. Die Zersplitterung des Parteiensystems macht jetzt Koalitionen zwischen Parteien nötig, die in der Vergangenheit verschiedenen Lagern angehörten.“

Ist demgegenüber absolute Prinzipientreue in der Politik eine Tugend oder eine Dummheit?

„Jede Partei wird für sich selbst Prinzipien benennen können, die sie nicht aufgeben kann. In der Tat geht es ja beim Kompromiss auch nicht darum, den eigenen Standpunkt völlig aufzugeben, denn dann wäre man ja nicht mehr erkennbar. Eine Dummheit ist es aber, das gesamte eigene Programm als nicht verhandelbar zu deklarieren – das kann dann nur in die Opposition führen. Dann hat man nach eigenem Gefühl vielleicht recht gehabt, kann aber auch nur wenig bewegen.“

Zurzeit sind oft drei Parteien beteiligt, um eine parlamentarische Mehrheit zusammenzubringen. Bei den gescheiterten Berliner Sondierungen waren es sogar vier. Wie sollten die Partner ihren Anhängern schwierige Kompromisse schmackhaft machen?

„Erstens muss sich die Wählerschaft an diese neue Lage gewöhnen. Es waren ja auch nicht die Parteien, die sich diese Mehrparteienkoalitionen gewünscht haben, sondern das Wahlergebnis lässt oft keine Alternativen zu. Zweitens werden die Parteien darauf achten, auch in einem schwierigen Kompromiss zentrale eigene Anliegen durchzusetzen – andernfalls werden sie die Koalition den Mitgliedern und den Wählern gegenüber nicht rechtfertigen können. Das verlangt drittens von allen Partnern die Bereitschaft, auch den anderen Beteiligten eigene Erfolge zuzugestehen. Das reicht vermutlich nicht für ein gemeinsames ‚Projekt‘ oder eine ‚Vision‘, sondern wird eher pragmatischen Gesichtspunkten folgen. In einigen Bereichen kann das auch Stillstand bedeuten, wenn eine Einigung der Koalition nicht möglich ist.“

Jamaika-Mara
Die Wunsch

Scheitert Merkel a

Sondierung bis S

Abrieb ohne Gem

Die Grünen und die zähen Jamaika

Was passiert, wenn Ja

das Gespenst von NeuwahlenKoalitions-Ents

Müde und enttäuscht sammeln sich am Montagmorg

Merkel

Jamaika ist für al

er beugt sich in Jan

naika-koalitionere

tsætter samarbe

„Jamaika ist ein

Konfusion, Kollis

Kiel ist nicht

Bangen um politis

Das Spitzenpersonal der Sond

Auf dem Weg in eine

Misstrauens

Jamaika-Zwischenbilanz: Gegensätze und Gemeinsamkeiten

Die Jamaika-Koalition aus CDU, Grünen und FDP ist ein Bündnis aus sehr unterschiedlichen Partnern. Das erfordert Kompromisse, im Koalitionsvertrag wie auch im Regierungsalltag. Kommen dabei bahnbrechende neue Ideen heraus oder doch nur der kleinste gemeinsame Nenner? Hierüber stritt der Landtag Mitte Oktober – wenige Wochen vor dem Jamaika-Aus in Berlin.



**Ministerpräsident
Daniel Günther (CDU):**

„Unsere Koalition der Brückenbauer schafft eine breite gesellschaftliche Bandbreite. Wir sind ein Bündnis aus drei Parteien, aber wir sind keine eineiigen Drillinge. Wir haben eigenständige Positionen. Aber selbstverständlich laufen wir dann, wenn es um das Wohl der Menschen in Schleswig-Holstein geht, alle gemeinsam in die richtige Richtung. Wir sind stolz darauf, dass wir diesen Weg gehen. Diese Koalition löst tradierte Grenzen auf. Wir überwinden in Teilen das **Lagerdenken**, wir finden pragmatische Antworten. Ich glaube, der Schlüssel ist, dass bei uns jeder Partner Lust auf das Regieren hat, weil jeder Projekte hat, die er für Schleswig-Holstein umsetzen will.“



**Oppositionsführer
Ralf Stegner (SPD):**

„Herr Ministerpräsident, Sie sind ein wahrer Verpackungskünstler! Was von Ihnen seit Regierungsanfang alles verpackt, verschönert, versteckt worden ist, das ist schon erstaunlich. Was Sie nicht so alles schaffen! Sie verbinden die Getrennten, Sie schlagen Bögen, Sie überwinden tradierte Grenzen, das Lagerdenken, Sie bauen Brücken – wahrhaft ein Feuerwerk der **Worthülsen**. Sie sollen zeigen, dass Schwarz, Gelb und Grün prima miteinander können, egal, was in den Wahlprogrammen und in den Parteiprogrammen steht. Mindestens bis zum Ende der Koalitionsverhandlungen in Berlin muss der Honeymoon halten. Das Land blickt auf Sie. Das erklärt, warum Sie Themen mit Konfliktpotential wie der Teufel das Weihwasser meiden.“



**Tobias Koch,
CDU-Fraktionsvorsitzender:**

„Mit den Anträgen der Regierungsfraktionen und den Haushaltseckwerten senden wir ein wichtiges Signal sowohl an alle Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteiner als auch nach Berlin. Wir zeigen: Jamaika in Schleswig-Holstein funktioniert richtig gut. Wir zeigen, dass die Differenzen zwischen drei verschiedenen Parteien für eine produktive Symbiose genutzt werden können und ein solches Bündnis tolle **Chancen** bietet, und wir zeigen, dass wir die Stärken der Partner miteinander vereinen. Die gemeinsame Arbeit mit Grünen und FDP macht richtig Spaß. Als Koalitionspartner arbeiten wir wirklich gut und vertrauensvoll zusammen.“



**Eka von Kalben,
Grünen-Fraktionsvorsitzende:**

„Wir können aus den Erfahrungen, die wir hier in Jamaika gemacht haben, sagen: Man kann es versuchen, man kann es zu etwas Gutem bringen, und es könnte auch mit der

CDU gehen, wenn die Bundes-CDU nur ein bisschen mehr so wäre wie die CDU im Land: offener, nicht so polterig, moderner und gesellschaftlichem Wandel gegenüber aufgeschlossen. Wir erleben es als Grüne jeden Tag, dass wir uns mit Themen neu und anders auseinandersetzen müssen. In diesem Sinne kann Jamaika in Schleswig-Holstein tatsächlich eine **Vorbildfunktion** haben und gesellschaftlich beispielgebend sein. Widerstreitende Meinungen nicht übergehen und eine gemeinsame Meinung formulieren; Rücksicht auf unterschiedliche Interessen und dennoch ein Gemeinwohlinteresse formulieren; Andersheit und Anerkennung – das ist es, was Politik im Herbst 2017 insgesamt braucht.“



Wolfgang Kubicki,
FDP-Fraktionsvorsitzender:

„Wenn es uns nicht gelingt, das hinzubekommen, dann werden wir die Demokratieverdrossenheit in Deutschland in einem Maß steigern, dass uns angst und bange werden muss. Wir sind zum Erfolg verdammt, und man schaut auf Schleswig-Holstein, weil wir es geschafft haben, aus völlig unterschiedlichen Positionen heraus zumindest eine **Vertrauensbasis** zu entwickeln, die das Projekt Jamaika zum Erfolg führen kann. Das war von Anfang an nicht so ohne weiteres zu sehen. Aber es ruckelt sich mittlerweile zurecht. Ja, CDU, Grüne und FDP liegen inhaltlich nicht immer auf der gleichen Linie, doch ich sage ausdrücklich: Das ist kein Nachteil. Das ist eine gewaltige Chance, um neu zu denken.“



Jörg Nobis,
AfD-Fraktionsvorsitzender:

„Statt Aufbruchstimmung Sommerstille und Selbstbeschäftigung. Der Hauptgrund liegt vermutlich darin, dass die vorherrschende Farbe des Koalitionsvertrags grün ist. Hier muss man den Grünen tatsächlich nachträglich gratulieren, dass sich die CDU und die FDP fast ohne Gegenwehr in ein so enges grünes **Korsett** haben schnüren lassen. Die inneren Konflikte in der Karibikkoalition sind jedenfalls nicht zu übersehen. Herr Ministerpräsident Günther, um im karibischen Bild zu bleiben: Sie sind im Bermuda-dreieck der Koalitionsverhandlungen untergegangen. Selbst für einen trainierten Läufer wie Sie ist es sicherlich schwierig, einen 100-Meter-Lauf mit einem grünen Klotz am Bein zu gewinnen. Sehr geehrte Jamaikaner, Sie sind eine Koalition des kleinsten gemeinsamen grünen Nenners.“



Lars Harms,
Vorsitzender der SSW-Gruppe:

„Es wirkt schon ein bisschen wie verkehrte Welt: Ständig ändern sich die Positionen der Regierungsparteien. Erst ist die CDU für G8, dann wieder für G9. Grüne wollen erst Umweltstandards bei Vergaben, dann kann das doch alles wieder weg. Nur die FDP bleibt sich treu, das muss man wirklich sagen: Vernünftige Löhne sind Käse, und dabei bleibt es. Das ist wirklich das einzig Verlässliche an dieser Koalition. Wir haben aber trotz all der **Gegensätze**, die sich mit der Koalition ergeben, gesagt, dass wir eine konstruktive Oppositionsarbeit leisten wollen. Wir betreiben hier keine Kritik nur um der Kritik wegen.“



Bilder und Kreuze

Der CDU-Sitzungssaal ist für die Grünen noch Neuland, wie in der Debatte deutlich wurde.

Grünen-Fraktionschefin Eka von Kalben: „Klar ist es für Grüne ungewohnt, im CDU-Fraktionssaal unter Kreuz und Adenauer zu sitzen.“

Hans-Jörn Arp (CDU): „Das ist Stoltenberg!“

Von Kalben: „Dann habt ihr den umgehängt! Wenn man das Kreuz dann vielleicht auch noch woanders hinhängen könnte ...“



Was hat die Landespolitik in früheren Zeiten bewegt?

In dieser Serie blicken wir ins Archiv und spüren nach, was den Landtag in vergangenen Zeiten beschäftigt hat. Diesmal geht es ins Jahr 1950, als sich CDU und SPD so kompromisslos und unversöhnlich gegenüberstehen, dass die Christdemokraten den Landtag mehrere Monate lang boykottieren.

1950: Politik des leeren Stuhls

„Meine Damen und Herren! Ich persönlich und mit mir auch die Freunde meiner Fraktion sehen den heutigen Tag als einen ganz dunklen Tag unserer politischen Zusammenarbeit an.“ So empörte sich der CDU-Abgeordnete Walther Böttcher in der Landtagssitzung vom 24. April 1950. Er warf der allein regierenden SPD vor, Beiträge der Christdemokraten pauschal vom Tisch zu wischen, „ohne dass man unseren wohlbegründeten Einwendungen auch nur irgendwie Rechnung getragen hätte“. Böttcher weiter: „Aus diesem Grunde müssen wir Ihnen erklären, dass die CDU-Fraktion jetzt den Landtag verlässt!“ Die 22 Christdemokraten erhoben sich laut Protokoll um 18:50 Uhr von ihren Plätzen und zogen aus dem Sitzungssaal aus, der damals in der Pädagogischen Akademie Kiel-Hassee lag. Und sie sollten für den Rest der Wahlperiode nicht wieder zurückkehren.

„Wollen nicht am selben Tisch sitzen“

Der CDU-Boykott bildete den Höhepunkt eines stetig wachsenden Konflikts zwischen Sozial- und Christdemokraten. Konkreter Anlass war der Abschlussbericht eines Parlamentarischen Untersuchungsausschusses zur sogenannten „Kieler-Nachrichten“-Affäre. Der Hintergrund: Drei CDU-Abgeordnete sollen einen Miteigentümer der Tageszeitung mit dessen angeblicher NS-Vergangenheit unter Druck gesetzt haben. Sie wollten damit billig an dessen Anteile an dem Lokalblatt kommen, lautete der Vorwurf. Die CDU-Parlamentarier hätten „zusammengewirkt, um auf Grund ihrer politischen Stellung sich persönlich materielle Vermögensvorteile zu verschaffen“, urteilte der SPD-Abgeordnete Heinz Adler im Landtag. Dies widerspreche „den Gesetzen des Anstandes und der politischen Sauberkeit“. Der Christdemokrat



Streitgespräch unter Fraktionsvorsitzenden: Carl Schröter (CDU, li.) und Andreas Gayk (SPD). In der Mitte: Heinrich Fischer (SPD).

Franz Ryba hielt dagegen: „An den Beschuldigungen ist nichts wahr!“

Nach dem CDU-Auszug versuchte Landtagspräsident Karl Ratz (SPD) die Wogen zu glätten und den besonders scharf attackierten CDU-Fraktionschef Carl Schröter zu besänftigen. Ratz lud Schröter persönlich zur nächsten Sitzung des Ältestenrates ein, doch dieser antwortete mit einem schroffen Brief: „Meine Privatsekretärin hat Ihnen bereits fernmündlich meine Absage übermittelt. Ich lege Wert darauf, Ihnen zu sagen, daß die CDU nach den Vorgängen der letzten Tage und Wochen nicht in die Gefahr kommen will, mit gewissen Herren der SPD an ein und demselben Tisch zu sitzen.“

Bodenreform und Schulpolitik als Streitpunkte

Bereits seit Jahren hatten die beiden Parteien parlamentarische Kämpfe ausgefochten. Es herrschten fundamentale politische Unterschiede zwischen überzeugten Sozialisten und strammen Konservativen. Eine vertrauensvolle Zusammenarbeit, geschweige denn eine Koalition aus CDU und SPD, war im Schleswig-Holstein des Jahres 1950 undenkbar.

Ein Knackpunkt zwischen den beiden Lagern war die geplante Enteignung von

Großbauern. Nach Willen der Sozialdemokraten sollte ein Landwirt maximal 100 Hektar Nutzfläche besitzen dürfen. Alles, was darüber hinausging, sollte enteignet werden. Dies sei „eine wichtige Maßnahme zur Sicherung der Demokratie und des Friedens“, unterstrich SPD-Mann Erich Arp im Dezember 1947. Es müsse „endlich der Stab über die Grundherrenklasse gebrochen werden“. Arp hatte sich auf mehreren Reisen nach Mecklenburg über die Kollektivierung der Landwirtschaft in der sowjetischen Besatzungszone informiert. In Ost-Berlin traf er sich sogar mit den SED-Größen Wilhelm Pieck und Walter Ulbricht, was ihm auch in den eigenen Reihen Kritik einbrachte. Die Gegenposition vertrat im Landtag der spätere CDU-Ministerpräsident Friedrich-Wilhelm Lübke. Er beklagte einen „Ansturm der Linken gegen die letzten Pfeiler des Privateigentums“ und warnte vor einer „Kolchoswirtschaft“ und dem „Zusammenbruch der gesamten Ernährungswirtschaft“.

Ein weiteres Streitthema war die Schulpolitik. Die Sozialdemokraten forderten die sechsjährige Grundschule, dazu gemeinsame Unterrichtsstunden auch in höheren Klassen sowie Schulgeld- und Lernmittelfreiheit. Dies sei „nicht nur eine pädagogische Veränderung, sondern eine soziale Revolution“, unterstrich die Sozialdemokratin Elly Linden im März 1948. Es gehe darum, „die Bildung der breiten Volksschichten zu verbessern“. Die CDU pochte dagegen auf das traditionelle dreigliedrige Bildungssystem.



Vater des Grundgesetzes aber Gegner der Landessatzung:
Hermann von Mangoldt (CDU)

Der Abgeordnete Hermann von Mangoldt warnte vor einer „Niveausenkung“ an den Schulen: „Begabte Kinder werden zwei Jahre länger in der Grundschule gehalten, sie verlieren dadurch zwei Jahre an der höheren Schule.“

Landessatzung ohne CDU-Beteiligung

Ende 1949 spitzten sich die Konflikte weiter zu. Denn im Sommer 1950 stand die nächste Landtagswahl an, und die SPD, die den Urnengang im Mai 1947 noch mit absoluter Mehrheit gewonnen hatte, fürchtete nun eine Bauchlandung. Sowohl bei der ersten Bundestagswahl im August 1949 als auch bei der Kommunalwahl acht Wochen später war sie eingebrochen und hinter die Union zurückgefallen. Um ihre wichtigsten Projekte gegen einen möglichen Machverlust abzusichern, verankerte die SPD-Regierung unter Ministerpräsident Bruno Diekmann die Bodenreform und die sechsjährige Grundschule in ihrem Entwurf für eine Landessatzung, den Vorläufer der heutigen Landesverfassung. Die CDU reagierte auch hier mit einem Boykott. „Sollte dieses Gesetz verabschiedet werden, so werden wir es niemals anerkennen“, kündigte CDU-Vertreter von Mangoldt an, der im Frühjahr 1949 Mitglied des Parlamentarischen Rates und damit einer der Väter des Grundgesetzes gewesen war: „Wir werden weder in den Ausschüssen noch im Plenum an irgendeiner Beratung dieser Vorlage teilnehmen.“



Für eine „soziale Revolution“ in der Schule:
Elly Linden (SPD)

So wurde die Landessatzung am 13. Dezember 1949 mit 45 Ja-Stimmen aus SPD und SSW bei nur zwei Nein-Stimmen angenommen. Die Union hatte zwei Abgeordnete als „Beobachter“ in die Sitzung geschickt. Pikant: Die Landessatzung mit den SPD-Kernthemen wurde vom Landtag mit einfacher Mehrheit beschlossen – konnte aber nur mit Zweidrittelmehrheit geändert werden.

Nachdem die Landessatzung verabschiedet war, kehrte die Union in den Saal zurück. Die Diskussion um die „Kieler Nachrichten“ wenige Monate später brachte das Fass dann aber endgültig zum Überlaufen. Die CDU setzte erneut und diesmal für den gesamten Rest der Legislaturperiode auf die Politik des leeren Stuhls. Auch für die allererste Sitzung im frisch renovierten Landeshaus an der Kieler Förde am 3. Mai 1950 machte die Union keine Ausnahme. Landtagspräsident Ratz sprach seine Eröffnungsrede („Ich hoffe, dass wir in diesem Saal eine fruchtbringende Arbeit für unser Land leisten können“) vor halbleeren Rängen.

Umgekehrte Vorzeichen nach der Wahl

Erst am 7. August 1950, vier Wochen nach der Landtagswahl, saß wieder ein komplettes Parlament im Saal. Die SPD war immer noch stärkste Partei, hatte aber die absolute Mehrheit verloren. Die CDU hatte sich zwar mit der neu eingezogenen FDP und der Deutschen Partei zu einer Fraktionsgemeinschaft zusammengeschlossen. Aber auch dieser sogenannte Wahlblock erreichte keine Mehrheit. Zünglein an der Waage war die erst wenige Monate zuvor gegründete Vertriebenenpartei BHE (Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten), die sich zu einer Koalition mit dem Wahlblock zusammenfand, nachdem Gespräche mit der SPD gescheitert waren. Am 15. November 1950 strich die neue Koalition die SPD-Herzenthemen Bodenreform und sechsjährige Grundschule aus der Landessatzung. Wahlblock und BHE kamen zusammen genau auf die nötige Zweidrittelmehrheit von 46 der 69 Abgeordneten. Gegenstimmen gab es nur wenige. Laut Protokoll hatte „der größte Teil“ der SPD-Fraktion aus Protest den Saal verlassen.

Karsten Blaas



„Lieber ein Verbot als ein angefahrenes Kind!“

Sollen Autofahrer zur Führerschein-Nachprüfung und zum Medizin-Check? Darüber diskutierte „Jugend im Landtag“ kontrovers. Wir haben die Argumente protokolliert.

Tobias L.: Autofahrer müssen die neuesten Verkehrsregeln kennen. Dadurch wird es insgesamt sicherer auf den Straßen.

Vivien: Muss denn jeder für seine Prüfung selber zahlen?

Felix: Und was passiert, wenn man durchfällt? Ist dann der Führerschein weg?

Alexa: Wenn jemand die Prüfung nicht besteht, dann sollte er ein Aufbauseminar absolvieren müssen!

Sarah: Aber viele Familien würden leiden, wenn ein Elternteil ohne Führerschein dasteht. Und es könnte teuer werden, wenn die Eltern die Nachprüfung selbst bezahlen müssen.

Lasse: Es geht darum, die Straßen sicherer zu machen. Wir wollen mit diesem Antrag einen Impuls setzen. Es ist besser, jemandem für eine gewisse Zeit den Führerschein zu entziehen, als Leute auf die Straße zu lassen, die sich fahrlässig und gefährlich verhalten.

Leonie: Ich habe gerade meinen Führerschein gemacht. Soll ich denn etwa schon in fünf Jahren wieder zur Prüfung?

Brian: Natürlich, das soll für alle Altersgruppen gelten, finde ich. Ich bin doch jetzt schon vergesslich.

Tobias M.: Bei Taxifahrern gibt es so eine Regelung schon. Lieber ein Test mehr, als dass ein Kind umgefahren wird!

Celine: Aber für Berufstätige ist das ziemlich zeitaufwendig! Das geht doch gar nicht, neben der Arbeit!

Maximilian: Viele Ältere merken es nicht, dass sie nicht mehr fahren können. Das sieht man an der Unfallstatistik. Die Teilnahme am Straßenverkehr ist kein Recht sondern ein Privileg!

Sören: Laut Unfallstatistik bauen Senioren weniger Unfälle als junge Leute! Wenn man regelmäßig Auto fährt, bleibt man ohnehin automatisch auf dem Laufenden.

Mayra: In den Niederlanden gibt es solche Tests schon, und dort gibt es viel weniger Unfälle als bei uns.

>>> **Beschluss:**

Jeder Autofahrer soll 20 Jahre nach seiner Führerscheinprüfung zum Nachtest. Auch der Erste-Hilfe-Kurs muss dann erneuert werden. Danach sollen „in regelmäßigen Abständen“ weitere Nachprüfungen folgen. Die Kosten sollen „nicht erheblich“ sein.

Daniel an die Raucher: Ihr müsst drinnen bleiben!



Tabakqualm wabert über Straßen und Plätze. Unter dem blauen Dunst leiden vor allem Kinder und Jugendliche, meint Daniel Berghoff aus Süderbrarup. Der 19-jährige Berufsschüler fordert deswegen ein komplettes Rauchverbot in der Öffentlichkeit. Nur in den eigenen vier Wänden soll man qualmen dürfen, findet er. Die Reporterinnen Kora Fehlbiel und Emmelie Weiß haben nachgefragt.



Daniel, du forderst ein striktes Rauchverbot. Hast du selbst schon einmal geraucht?

Nein, ich habe noch nie aktiv geraucht. Ich war lange Zeit Buskind und musste jeden Morgen neben Rauchern an der Bushaltestelle warten. Ich reagiere empfindlich auf den Rauch, er löst bei mir Kopfschmerzen aus. Für mich als unfreiwilligen Passivraucher belegt das, dass Rauchen komplett schädlich ist.

Was ist der Hintergrund deiner Forderung?

Ich finde es unzumutbar, dass Kinder Rauchern ausgesetzt sind. Ein Kind würde niemals sagen: „Hey, hör bitte auf zu rauchen!“ Zumal Kinder häufig noch nicht einmal wissen, was Rauchen eigentlich ist, was dabei mit dem Körper passiert und wie langfristige Schäden sind.

Wenn es zu einem Rauchverbot im öffentlichen Raum kommt, schränkt es die Freiheit von anderen Menschen ein. Siehst du das als Problem?

Für mich geht die Gesundheit von Kindern und Nichtrauchern vor. Durch meinen Antrag wird die Freiheit von Rauchern eingeschränkt, das ist richtig. Ihr Nikotinkonsum würde dann aber nicht ihr Umfeld gefährden, das ist in meinen Augen das bessere Argument.

Wie realistisch siehst du deinen Antrag?

Ich muss zugeben, meine Forderung ist sehr drastisch. Ich würde mir wünschen, dass das Rauchverbot so durchkommt, wie ich es eingereicht habe, aber das wird wohl nicht passieren. Ich werde garantiert Kompromisse eingehen müssen.

>>> **Beschluss:**

„Jugend im Landtag“ schloss sich Daniels Vorschlag weitgehend an: Rauchen soll im öffentlichen Raum verboten werden. Lediglich in speziellen Raucherkabinen soll es erlaubt sein.

„Wir sind erfolgreich durch Schreien und Nerven“

„Jugend im Landtag“ beginnt traditionell mit einem politischen Planspiel. Die 21-jährige Annabell Pescher (Foto), Lehramtsstudentin aus Flensburg, berichtet von ihren Erlebnissen.



„Um in das Wochenende im Landtag einzusteigen, steht am Freitagabend ein Planspiel auf dem Programm. Als Ausgangssituation sollen zehn Flüchtlinge in der fiktiven Stadt Bergstadt aufgenommen werden. Jedoch ist noch nicht geklärt, wo sie untergebracht werden. Ziel des Planspiels ist es, eine gemeinsame Lösung auszudiskutieren.“

Die Teilnehmer finden sich in verschiedenen Gruppen zusammen wie beispielsweise Sozialamt, Kirche, ‚Pro Asyl‘ oder eine Wohnungsbaugesellschaft. Ich bin im Jugendverband. Unser Jugendtreff liegt in einem der möglichen Unterbringungsorte, der alten Schule. In unserer Rollenbeschreibung steht, dass wir uns radikalisiert haben und gegen Flüchtlinge sind. Unser Gruppenziel ist, dass gar keine Flüchtlinge nach Bergstadt kommen, und falls doch, dass sie nicht unseren Jugendraum nutzen.

„Irritierend, diese Rolle zu spielen“

Um uns in der Diskussion Gehör zu verschaffen, machen wir lautstark auf uns aufmerksam. Mit Zwischenrufen wie ‚Flüchtlinge raus‘ und primitiver Polemik argumentieren wir, dass Ausländer uns unseren Treffpunkt wegnehmen und unsere Jugend kaputt machen. Was, nebenbei bemerkt, nicht ansatzweise mit unserer persönlichen Meinung übereinstimmt.

Wir haben keine schlüssigen Argumente und somit überhaupt keine Basis für eine Diskussion. Trotzdem schaffen wir es, einen großen, neuen Raum für uns herauszuholen, der nach unseren Wünschen eingerichtet werden soll. Wir setzen uns durch, indem wir reinschreien und nerven. Die Schule wird zwar renoviert, und alle Flüchtlinge werden dort untergebracht. Es steht auch theoretisch jedem frei, unseren neuen Gruppenraum zu nutzen. Da uns Jugendlichen aber überlassen ist, den Raum nach unseren eigenen Vorstellungen zu gestalten, ist es doch klar, dass wir den Raum so einrichten werden, dass wir garantiert unter uns bleiben.

Das ist, schockierenderweise, für alle Seiten ein zufriedenstellender Kompromiss. Es irritiert mich, diese Rolle einzunehmen, weil es meinem eigenen Denken überhaupt nicht entspricht zu sagen: Flüchtlinge haben kein Recht, hier zu sein, sie nehmen unsere Arbeitsplätze weg und zerstören unsere Gesellschaft. Denn das ist einfach Unfug. Besonders erschreckend ist, dass wir es durch ganz einfache Parolen und ohne jegliche Grundlage geschafft haben, uns großenteils durchzusetzen. Obwohl wir eigentlich gar keine ernsthaften Argumente haben, meint man: Macht doch, was ihr wollt, und lasst uns bloß in Ruhe“.

Aufgezeichnet von Kora Fehlbier und Emmelie Weiß

Schlie appelliert: Findet Kompromisse!

In seinem Grußwort an die „Jugend im Landtag“ hat Parlamentspräsident Klaus Schlie dazu aufgerufen, im politischen Streit auf Lösungen hinzuwirken. Im Wettbewerb der Ideen gehe es darum, „durch Argumente und Überzeugungskraft Mehrheiten zu finden – oder aber Kompromisse zu schießen“. Es sei besser, andere einzubinden, als strikt auf dem eigenen Standpunkt zu beharren und dann an seiner Unbeweglichkeit zu scheitern.

Diesen Appell richtete Schlie auch nach Berlin: „In einer demokratischen Willensbildung muss man die Kraft haben, Kompromisse zu schließen“, sagte er mit Blick auf die langwierige Suche nach einer Mehrheit im Bundestag: „Es ist bedenklich, dass dort der Bundespräsident eingreifen muss, um die Parteien daran zu erinnern, warum sie gewählt wurden.“

Das Präsidium ist spendabel

Angenommen, Ihr bekommt 1.000 Euro geschenkt – wie viel davon würdet Ihr spenden? Das haben wir das frisch gewählte Präsidium von „Jugend im Landtag“ gefragt.



Vorsitzende mit Spendierhosen: Vizepräsident Jan Philip Benckert (17) aus Büdelsdorf, Präsidentin Mira Osthorst (18) aus Flensburg, Vizepräsident Konstantin von Gregory (20) aus Dassendorf, Vizepräsidentin Judith Borowski (16) aus Kiel.

Bundesrat ohne klare Fronten

Um ein Bundesgesetz in Kraft zu setzen, ist eine Mehrheit im Bundestag nötig – und oft auch die Zustimmung der Länder im Bundesrat. Die Kompromissfindung zwischen den beiden Verfassungsorganen wird in den kommenden Jahren wohl schwieriger als bisher. Denn die Länderkammer ist nach den vier Landtagswahlen des Jahres 2017 so vielfältig wie nie zuvor. 13 unterschiedliche Regierungskonstellationen gibt es inzwischen in den 16 Bundesländern.

Fünf verschiedene Parteien stellen Ministerpräsidenten. Die über Jahrzehnte übliche Unterteilung der Länderkammer in klare Blöcke mit A-Ländern (SPD-geführt) und B-Ländern (unionsgeführt) besteht nicht mehr.

Die Folge: Die Bundesregierung muss sich ihre Mehrheiten mühsam zusammensuchen. Denn um ein Gesetz durch den Bundesrat zu bringen, braucht sie die absolute Mehrheit. Es müssen also mindestens 35 der 69

Stimmen zusammenkommen. Die Stimmen eines Landes können nur geschlossen abgegeben werden, Enthaltungen zählen als Nein-Stimmen. Schwarz-Rot käme aus eigener Kraft nur auf 22 Stimmen. Allerdings wäre eine mögliche „GroKo“ oder „KoKo“ an allen 16 Landesregierungen beteiligt.

Die Länder können über den Bundesrat auch eigene Gesetzentwürfe auf den Weg bringen, ebenso Entschließungen mit Forderungen an die Bundesregierung. Entsprechend blickt die Landespolitik stets auch darauf, was sich im Bund tut. „Sie werden sich daran gewöhnen müssen, dass diese Regierung den Anspruch hat, die Interessen Schleswig-Holsteins endlich auch in Berlin glaubhaft zu vertreten“, mahnte Ministerpräsident Daniel Günther (CDU) die Opposition während der Oktober-Sitzung. SPD-Fraktionschef Ralf Stegner meinte dagegen: „Seine Arbeit in Schleswig-Holstein muss man schon tun.“ Er warnte die Regierungskoalition davor, sich so sehr in die Bundespolitik einzumischen, „dass das Regieren in Schleswig-Holstein zumindest von einigen nahezu eingestellt wird“.



Im Plenum des Bundesrates liegt Schleswig-Holstein zwischen Thüringen und Sachsen-Anhalt.

Bunte Republik Deutschland

Die Zusammensetzung des Bundesrates, Stand: Dezember 2017

	Stimmen im Bundesrat	CDU	CSU	SPD	Grüne	FDP	Linke
Baden-Württemberg	6				MP		
Bayern	6		MP				
Berlin	4			MP			
Brandenburg	4			MP			
Bremen	3			MP			
Hamburg	3			MP			
Hessen	5	MP					
Mecklenburg-Vorpommern	3			MP			
Niedersachsen	6			MP			
Nordrhein-Westfalen	6	MP					
Rheinland-Pfalz	4			MP			
Saarland	3	MP					
Sachsen	4	MP					
Sachsen-Anhalt	4	MP					
Schleswig-Holstein	4	MP					
Thüringen	4						MP

MP = Partei stellt den Ministerpräsidenten

Schleswig-Holstein im Präsidium

Seit dem 1. November 2017 und bis zum 31. Oktober 2020 ist Schleswig-Holstein im Präsidium des Bundesrates vertreten. Ministerpräsident Daniel Günther hat im Herbst den Posten des 2. Vizepräsidenten übernommen. Am 1. November 2018 hat Schleswig-Holstein für ein Jahr die Präsidentschaft inne und anschließend für ein weiteres Jahr das Amt des 1. Vizepräsidenten. Der Vorsitz fällt im jährlichen Wechsel einem anderen Bundesland nach einem festgelegten Turnus zu. Der Norden hatte zuletzt 2005/06 die Präsidentschaft. Der Bundesratspräsident leitet die Plenarsitzungen der Länderkammer. Und: Er übernimmt die Befugnisse des Bundespräsidenten im Fall von dessen Verhinderung oder „bei vorzeitiger Erledigung des Amtes“. Außerdem richtet das Land mit der Präsidentschaft die alljährliche Feier zum Tag der Deutschen Einheit aus. Festakt und Bürgerfest sind für den 3. Oktober 2019 in Kiel geplant, wie die Staatskanzlei mitteilt.

Meldungen für das Ehrenamt



Viele Beschlüsse, die der Landtag fasst, haben direkte Auswirkungen auf Kommunalpolitik, Vereinsarbeit und Bürgerinitiativen.

Auf dieser Seite finden ehrenamtlich engagierte Bürger diese Themen im Überblick.

Straßenausbaubeiträge I: Seit 2012 müssen Kommunen Haus- und Wohnungsbesitzer zur Kasse bitten, wenn ihre Straßen ausgebaut werden. Diese Pflicht hat die Jamaika-Koalition im Dezember abgeschafft. CDU, Grüne und FDP stellen es den Städten und Gemeinden frei, ob sie von Anwohnern Straßenausbaubeiträge erheben oder nicht. Das stärkte die kommunale Selbstverwaltung, so die Befürworter. AfD und SSW unterstützten den Vorstoß, die SPD enthielt sich und zeigte sich erneut skeptisch: Jamaika entlastete die Kommunen nicht, sondern schiebe ihnen nur die Verantwortung zu.

Straßenausbaubeiträge II: Die SPD will Kommunen, die ihren Anwohnern keine Straßenausbaubeiträge mehr abverlangen wollen, aus der Landeskasse entlasten. Umgesetzt werden soll dies mit einer Änderung im Finanzausgleichsgesetz. Dort wollen die Sozialdemokraten die Ausgleichsmasse um 40 Millionen Euro aufstocken. Haushaltsüberschüsse würden dies nach Ansicht der SPD ermöglichen. Die meisten Kommunen seien gar nicht in der Lage, auf das Geld der Anlieger zu verzichten, findet die Oppositionsfraktion. Ihnen drohe der finanzielle Kollaps. Nun beraten der Innen- und Rechtsausschuss sowie der Finanzausschuss.

Pferdesteuer: Die Pferdesteuer in Schleswig-Holstein steht vor dem Aus. Die Landesregierung will eine solche Steuer, wie sie in Tangstedt (Kreis Stormarn) am 1. Juli 2017 eingeführt wurde, per Gesetz verbieten – und stieß damit in der Oktober-Sitzung auf große Zustimmung. Nur die SPD sprach von einem unbegründeten Eingriff in die kommunale Selbstverwaltung.

Tangstedt hat als erste Gemeinde in Schleswig-Holstein und als vierte in Deutschland die Steuer erhoben. Die mit 3,1 Millionen Euro verschuldete Kommune hofft auf Mehreinnahmen von fast 100.000

Euro jährlich. Demnach sollen Pferdehalter 150 Euro jährlich pro Tier zahlen. Zwar habe die Gemeinde die Steuerhoheit, das Land könne aber den Kommunen die Steuerhebungsrechte entziehen, wenn das Allgemeinwohl stärker wiege – und das sei hier der Fall, betonte Innenminister Hans-Joachim Grote (CDU). Der Reitsport habe in Schleswig-Holstein nicht nur im Spitzenbereich eine besondere Bedeutung, sondern auch im Breitensport „mit seiner herausragenden Jugendarbeit“.

Bürgermeisterwahl/Vorschläge: Die AfD will das Vorschlagsrecht für Bürgermeisterkandidaten neu fassen. Der Entwurf zur Änderung des Gemeinde- und Kreiswahlgesetzes stieß im Oktober jedoch auf breite Ablehnung. Das Ziel der AfD: Auch die Parteizugehörigkeit von Kandidaten, deren Partei nicht in der Gemeindevertretung sitzt, soll auf dem Wahlzettel erscheinen. Und auch Einzelbewerber sollen mitsamt ihrer Partei erwähnt werden, falls sie eine haben. „Kleine Parteien werden nach dem jetzigen Stand systematisch benachteiligt“, kritisierte Jörg Nobis (AfD). Innenminister Hans-Joachim Grote (CDU) hielt es dagegen für richtig, dass nur im Wahlgebiet bereits erfolgreiche Parteien ein Vorschlagsrecht haben. Damit werde gewährleistet, dass lokale Fragen im Vordergrund einer Bewerbung stehen.

Volksbegehren und Volksentscheide: „Zur Stärkung der direkten Demokratie“ will die AfD die Mindestanzahl an Stimmen für Volksbegehren und Volksentscheide senken. Der Entwurf für eine Änderung der Verfassung fand im Oktober jedoch keine Unterstützung.

Um ein Volksbegehren anzustoßen, sollen nach Vorstellung der AfD nur noch 50.000 statt 80.000 Unterschriften nötig sein. Und bei einem Volksentscheid sollen statt der bisherigen 15 Prozent nur noch fünf Prozent der Wahlberechtigten dafür

sein müssen. Eine gut organisierte Minderheit dürfe nicht über eine desinteressierte Mehrheit bestimmen, so der Tenor bei den anderen Fraktionen. Im Innen- und Rechtsausschuss wird die Zweite Lesung vorbereitet.

Hospize: Für sterbensranke Menschen sollen mehr Betten in wohnortnahen Hospizen zur Verfügung stehen. Einvernehmlich begrüßte der Landtag im November die Ankündigung von Sozialminister Heiner Garg (FDP), die bereits von der ehemaligen rot-grün-blauen Regierung im Haushalt 2017 eingebrachten 500.000 Euro bis zum Jahr 2022 zu verstetigen. Ziel ist es, die Zahl der Plätze von derzeit 66 auf 135 in Schleswig-Holstein zu erhöhen.

Derzeit gibt es sechs Hospize im Lande: in Geesthacht (14 Betten), Niebüll (sieben), Kiel (16), Lübeck (sieben), Rendsburg (zehn) und Elmshorn (zwölf). In den kommenden Jahren sollen an sechs weiteren Standorten insgesamt 69 neue Plätze entstehen: in Bad Oldesloe (zwölf), Gettorf (zehn), Itzehoe (zwölf), Schleswig (acht), Norderstedt (14) und Rendsburg (zehn). In Niebüll sollen drei weitere Plätze im schon vorhandenen Hospiz eingerichtet werden. Leitlinie ist die vom Deutschen Hospiz- und Palliativverband vorgeschlagene Zahl von 50 Betten in stationären Einrichtungen pro eine Million Einwohner.

Kita-Ausbau: Die Kreise und kreisfreien Städte können auch über 2017 hinaus mit Landesgeldern für den Kita-Ausbau rechnen. Fraktionsübergreifend hat das Plenum im November der dafür notwendigen Änderung des Kita-Gesetzes zugestimmt. Die Landesregierung will den Kreisen und Städten für das Jahr 2018 – neben den vom Bund zur Verfügung gestellten „Mitteln im Rahmen der Investitionsprogramme „Kinderbetreuungsfinanzierung“ – 13,2 Millionen Euro zur eigenen Bewirtschaftung überweisen.

Runde Geburtstage

Jürgen Westphal aus Hamburg, von 1975 bis 1985 für die CDU im Landtag, Wirtschaftsminister von 1973 bis 1985, hat am 1. Dezember seinen 90. Geburtstag gefeiert.

Klaus Kribben aus Wentorf bei Hamburg, von 1975 bis 1996 für die CDU im Landtag, Oppositionsführer von 1991 bis 1992, hat am 21. Oktober seinen 80. Geburtstag gefeiert.

Rolf Selzer aus Kiel, von 1983 bis 1992 sowie von 1993 bis 1996 für die SPD im Landtag, hat am 5. Dezember seinen 75. Geburtstag gefeiert.

Helmut Mikelskis aus Freiburg im Breisgau, von Mai bis Oktober 1992 für die SPD im Landtag, hat am 1. November seinen 70. Geburtstag gefeiert.

Rolf Schroedter aus Berlin, von 1996 bis 1997 für die SPD im Landtag, hat am 20. November seinen 70. Geburtstag gefeiert.

Herzlichen Glückwunsch!

Ralf Stegner, SPD-Fraktionsvorsitzender, wurde auf einem Bundesparteitag in Berlin Anfang Dezember in seinem Amt als stellvertretender Bundesvorsitzender der Sozialdemokraten bestätigt. Er erhielt 61,6 Prozent Zustimmung. Bei seiner ersten Wahl auf diesen Posten im Jahr 2015 hatte Stegner 77,3 Prozent erhalten.

Sepil Midyatli, SPD-Abgeordnete aus Gettorf, wurde auf dem Bundesparteitag Anfang Dezember in Berlin zur Beisitzerin des Parteivorstands gewählt. Sie erhielt im zweiten Wahlgang 411 von rund 600 Delegiertenstimmen. Der SPD-Vorstand hat insgesamt 35 Beisitzer.

Jette Waldinger-Thiering, SSW-Abgeordnete aus Eckernförde, ist seit Mitte Oktober stellvertretende Vorsitzende des Kuratoriums für politische Bildung. Das 14-köpfige Gremium begleitet die Arbeit des Landesbeauftragten für politische Bildung, etwa dessen Haushaltsplan und seine Arbeitsschwerpunkte. Vorsitzender ist der Politikwissenschaftler Stefan Vöhringer, Studienleiter bei der CDU-nahen Hermann-Ehlers-Akademie in Kiel, der die politischen Stiftungen vertritt. Weitere Abgeordnete im Kuratorium sind **Tobias Loose** (CDU), **Tobias von Pein** (SPD), **Lasse Petersdotter** (Grüne), **Anita Klahn** (FDP) und **Frank Brodehl** (AfD).

Kirsten Eickhoff-Weber, Landtagsvizepräsidentin, ist Mitte Oktober im Landeshaus mit dem „Coin“ ausgezeichnet worden, der Ehrenmedaille der Landesgruppe des Reservistenverbands. Die SPD-Abgeordnete aus Neumünster habe immer ein offenes Ohr für die Belange der Soldaten und Reservisten, hieß es zur Begründung. Eickhoff-Weber ist auch Schirmherrin des Tages der Reservisten.

Wolfgang Kubicki, langjähriger FDP-Fraktionschef und seit der Wahl im September Mitglied des Bundestages, ist seit Ende Oktober Vizepräsident des Berliner Parlaments. In der konstituierenden Sitzung des neu gewählten Parlaments erhielt er die Stimmen von 489 der 709 Bundestagsabgeordneten. Der Rechtsanwalt aus Strande an der Kieler Förde hat dem Bundestag bereits von 1990 bis 1992 sowie von Oktober bis Dezember 2002 angehört.

Heiner Garg, Sozialminister und langjähriger FDP-Landtagsabgeordneter, ist auf einem Parteitag Anfang November in Kiel für weitere zwei Jahre in seinem Amt als Landesvorsitzender der Liberalen bestätigt worden. Der Diplom-Volkswirt aus Kiel erhielt 94,3 Prozent der Stimmen. Es gab 183 Ja-Stimmen, sechs Delegierte stimmten gegen Garg, und fünf enthielten sich. Garg führt die Nord-FDP seit 2011. Als Stellvertreter wurden der neue Fraktionschef **Christopher Vogt** sowie der Ex-Abgeordnete und Wirtschaftsminister **Bernd Buchholz** in ihren Ämtern bestätigt. Neu im Amt der stellvertretenden Landesvorsitzenden ist die Abgeordnete **Anita Klahn**. Schatzmeister bleibt **Oliver Kumbartzky**.

Stefan Schmidt ist im Oktober für weitere sechs Jahre in seinem Amt als Landesbeauftragter für Flüchtlings-, Asyl- und Zuwanderungsfragen bestätigt worden. Der 76-Jährige ist ehemaliger Kapitän des Flüchtlingsrettungsschiffes „Cap Anamur“. CDU, SPD, Grüne, FDP und SSW stimmten für ihn. Die AfD war gegen Schmidt, der das beim Landtag angesiedelte Ehrenamt seit Oktober 2011 innehat.

Als Grund für das Nein der AfD verwies Fraktionschef Jörg Nobis darauf, dass Schmidt keinen AfD-Vertreter zu einer Diskussionsveranstaltung vor der Bundestagswahl eingeladen hatte. Damit habe Schmidt „die politische Neutralität verletzt“, so Nobis. Landtagspräsident Klaus Schlie hatte später erfolgreich vermittelt, so dass ein AfD-Vertreter mitdiskutieren konnte.



Peter Lehnert, CDU-Abgeordneter aus Bilsen (Kreis Pinneberg) vertritt den Landtag künftig im Dialogforum Norden. **Birte Pauls** (SPD) ist seine Stellvertreterin. Beide wurden im Europaausschuss einstimmig gewählt. Dem Dialogforum gehören insgesamt 16 Institutionen an, die sich um Minderheitenbelange in Schleswig-Holstein und Süddänemark kümmern.

Torsten Albig, Ministerpräsident und Landtagsabgeordneter von 2012 bis 2017, arbeitet ab dem 1. Januar als Repräsentant des Logistikunternehmens DHL in Brüssel. Offizieller Titel des SPD-Politikers ist „Vice President Corporate Representation Brussels“. Vor seinem Wechsel in die Landespolitik war Albig unter anderem Sprecher des Bundesfinanzministeriums, Konzernsprecher der Dresdner Bank und Kieler Oberbürgermeister.

Reinhard Meyer, bis Juni 2017 schleswig-holsteinischer Wirtschaftsminister, soll in Mecklenburg-Vorpommern erneut Chef der Staatskanzlei werden. Das gab die Landesregierung in Schwerin Ende November bekannt. Ein Zeitpunkt für den Wechsel steht demnach noch nicht fest. Der SPD-Politiker hatte diesen Posten bereits vor seinem Wechsel nach Kiel im Jahr 2012 inne.



Sigrid Moser, Gästen des Landeshauses als langjährige Mitarbeiterin des Besucherdienstes bekannt, ist im November nach 20 Jahren Arbeit für die Landtagsverwaltung in den Ruhestand gegangen. Redakteure (und Leser) der Landtagszeitschrift haben zudem von ihrem kompetenten Korrekturlesen profitiert. Die ehemaligen Kollegen sagen danke für die tolle Zusammenarbeit und wünschen alles Gute!



Andreas Otto ist neuer Sprecher der Landespressekonferenz. Der Hörfunkjournalist von Radio Schleswig-Holstein (R.SH) löst Peter Höver ab, der bis zum Sommer für den Schleswig-Holsteinischen Zeitungsverlag („Flensburger Tageblatt“) gearbeitet hatte und mittlerweile Sprecher der Landesregierung ist. Als stellvertretende Vorsitzende der Landespressekonferenz bestätigte die Mitgliederversammlung Mitte Oktober Ulf B. Christen („Kieler Nachrichten“), Sylvia Aust vom NDR-Fernsehen sowie Wolfgang Schmidt und André Klohn (beide Deutsche Presse-Agentur dpa). Neu im Vorstand ist Julia Stein vom NDR-Fernsehen. Neuer Schatzmeister ist Dieter Schulz vom Schleswig-Holsteinischen Zeitungsverlag. Die Landespressekonferenz vereint die Journalisten, die regelmäßig über die Landespolitik im Norden berichten.

Medienrat der MA HSH: Der Landtag hat im Oktober die ehemalige Geschäftsstellenleiterin des Unternehmensverbandes Mittelholstein, die Juristin Martina Tambert-Thomas aus Tasdorf (Kreis Plön), in den Medienrat der Medienanstalt Hamburg/Schleswig-Holstein (MA HSH) gewählt. Zu Ersatzmitgliedern bestimmten die Abgeordneten die Vorsitzende des Landesjugendrings Alexandra Ehlers aus Kiel und den in Berlin lebenden Netzpolitiker Thomas Künstler. Dem Medienrat gehören insgesamt 14 Mitglieder an, je sieben aus Schleswig-Holstein und Hamburg.

Wahlkreisausschuss: Das Gremium, das für die Zuschneidung der Wahlkreise bei der Landtagswahl zuständig ist, wurde im Oktober neu besetzt. Für die Dauer der Wahlperiode gehören die Abgeordneten Johannes Callsen, Peter Lehnert, Tim Brockmann, Katja Rathje-Hoffmann (alle CDU), Kai Dolgner, Birgit Herdejürgen, Thomas Rother (alle SPD), Burkhard Peters (Grüne), Oliver Kumbartzky (FDP), Jörg Nobis (AfD) und Lars Harms (SSW) dem Wahlkreisausschuss an. Der Ausschuss besteht aus dem Landeswahlleiter als Vorsitzenden sowie den Abgeordneten als Beisitzern.

Ausschuss der Regionen: Das Plenum hat im Oktober Europaministerin Sabine Sütterlin-Waack (CDU) als stellvertretendes Mitglied in den Ausschuss der Regionen (AdR) gewählt. Sie tritt die Nachfolge ihrer Amtsvorgängerin Anke Spoorendonk (SSW) an. Ständiges Mitglied ist seit 2015 die SPD-Landtagsabgeordnete Regina Poersch.

Der AdR ist ein Gremium der Europäischen Union. Er besteht aus 344 Vertretern der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften, davon 24 aus Deutschland. Die Mitglieder treffen sich fünfmal jährlich in Brüssel. Die EU-Kommission muss eine Stellungnahme des AdR einholen, wenn Initiativen Einfluss auf die kommunale und regionale Ebene haben. Die derzeitigen AdR-Vertreter sind bis 2020 gewählt.

Anstalt Landesforsten: Hartmut Hamerich (CDU) und Sandra Redmann (SPD) wurden im Dezember erneut in den Verwaltungsrat der Anstalt Schleswig-Holsteinische Landesforsten gewählt. Die beiden Abgeordneten sind bereits seit 2008 Mitglieder dieses Gremiums. Ihre Stellvertreter sind Oliver Kumbartzky (FDP) und Marlies Fritzen (Grüne). Neben den Abgeordneten gehören dem Verwaltungsrat Vertreter der Landesregierung, der Wirtschaft und des Personalrates an. Die Anstalt ist für 52.000 Hektar Landeswald zuständig.

Staats- oberhäupter auf Stippvisite

Anfang Oktober kam der im Februar neu gewählte Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier zum Antrittsbesuch nach Schleswig-Holstein und traf im Landeshaus mit dem Ältestenrat des Landtages zusammen. Eine Kabinettsitzung sowie Besuche in Flensburg, Husum, auf der Hamburger Hallig und beim Gemeindekongress in Kiel waren weitere Stationen der zweitägigen Reise in den Norden. Auch viele von Steinmeiers Amtsvorgängern schauten im Lande vorbei.



Während der Kieler Woche 1955 unternimmt Bundespräsident Theodor Heuß (li.) einen Segeltörn mit dem Kieler Stadtpräsidenten Wilhelm Sievers und Ministerpräsident Kai-Uwe von Hassel (re.).



Im Juni 1985 unterhalten sich Bundespräsident Richard von Weizsäcker (li.) und Landtagspräsident Rudolf Titzck. Rechts: Präsidentengattin Marianne von Weizsäcker



Landtagspräsident Paul Rohloff (li.) empfängt Bundespräsident Gustav Heinemann anlässlich der Kieler Woche 1970.



Im März 1995 speist Bundespräsident Roman Herzog im Kieler Schifffahrtsmuseum mit Landtagspräsidentin Ute Erdsiek-Rave.



Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier und seine Frau Elke Büdenbender werfen im Oktober 2017 einen Blick auf die Informationsangebote des Landtages in der Eingangshalle des Landeshauses.
Links: Landtagspräsident Klaus Schlie, rechts: Verwaltungschef Utz Schliesky. Steinmeiers nächster Schleswig-Holstein-Besuch steht schon fest. Er wird im Juni 2018 zur Eröffnung der Kieler Woche erwartet.



Gemeinsam mit dem ehemaligen Außenminister Hans-Dietrich Genscher (li.) sind Bundespräsident Johannes Rau und seine Frau Christina im Juli 1999 zu Gast bei Ministerpräsidentin Heide Simonis. Anlass ist die Eröffnung des Schleswig-Holstein-Musikfestivals.



Das Gespräch mit jungen Marinesoldatinnen suchen Bundespräsident Christian Wulff und seine Frau Bettina bei ihrem Kiel-Besuch im März 2011. Ort des Geschehens ist der Schleswig-Holstein-Saal des Landeshauses.



Für Bundespräsident Horst Köhler ist der Besuch im Landeshaus im Oktober 2004 eine Rückkehr an eine alte Wirkungsstätte. 1981/82 war Köhler persönlicher Referent von Ministerpräsident Gerhard Stoltenberg und hatte sein Büro im ersten Stock des Hauses. Begleitet von Landtagspräsident Heinz-Werner Arens trägt sich Köhler ins Gästebuch ein.



Bundespräsident Joachim Gauck macht sich in seiner Ansprache vor dem Landtag im März 2013 für eine „aktive Bürgergesellschaft“ stark und warnt vor dem „Standardreflex der Beschimpfung der handelnden Akteure oder gleich des ganzen politischen Systems“.

Streit um NS-Botschaften auf Nummernschildern

Die SPD will Ziffer- und Buchstabenkombinationen mit Bezug zum Nationalsozialismus von Autokennzeichen verbannen – etwa die Zahlen 18 und 88, die als Anspielungen auf Adolf Hitler gelten. CDU, FDP und AfD hielten den Vorstoß im Oktober für „überflüssig“, „unsinnig“ und „irrwitzig“. Grüne und SSW sahen dagegen durchaus Regelungsbedarf.

Nach Vorstellung der Sozialdemokraten soll die Landesregierung gemeinsam mit dem Verfassungsschutz eine Liste mit propagandistischen Kombinationen erstellen und die Kfz-Zulassungsstellen anweisen, solche Nummernschilder nicht mehr zuzuteilen. Bereits vergebene Kennzeichen mit Nazi-Anspielungen seien „von Amts wegen zu ändern“. Über den Vorschlag berät nun der Innen- und Rechtsausschuss.

Es gehe darum, „rechten Lifestyle aufzudecken und zu bekämpfen“, betonte **Tobias**



von Pein (SPD, Foto). Ebenso wie der Aufdruck auf einem T-Shirt sei „das Wunschzeichen am Auto“ ein Ausdruck von Persönlichkeit und Identität und diene dazu, „ein

Statement zu setzen“. Derzeit gebe es eine Lücke im Verwaltungshandeln. „Alte und neue Nazi-Propaganda“ werde nicht konsequent unterbunden.



„Extreme Ansichten und Hass lassen sich nicht einfach verbieten“, entgegnete **Kay Richert (FDP, Foto)**. Wenn bestimmte Codes aus dem Verkehr gezogen würden, dann werde sich die

rechte Szene eben neue suchen. Konsequenterweise müssten dann auch Kombinationen wie EB für „Eva Braun“ oder HG für „Hermann Göring“ untersagt werden – und das würde „bei der Mehrheit der Bevölkerung nur Kopfschütteln auslösen“.



Stichwort

Rechtsextreme Botschaften

Auf Nummernschildern sind bundesweit die Buchstabenkombinationen KZ, HJ, NS, SA und SS wegen ihres Bezugs zum NS-Regime verboten. Darüber hinaus sind in einigen Bundesländern auch Zahlenkombinationen wie 18 oder 88 auf dem Index. Sie stehen in der rechtsextremen Szene für das A als ersten Buchstaben des Alphabets und das H als achten Buchstaben. Entsprechend kann 18/AH „Adolf Hitler“ bedeuten und 88/HH „Heil Hitler“. Im Lande werden auch die Kombinationen HEI-L und IZ-AN (rückwärts für Nazi) kritisch gesehen.

Gratis-Verhütung bei Hartz IV

Mit Wohlwollen hat der Landtag im Oktober auf einen SPD-Vorstoß reagiert, Hartz-IV- und Sozialhilfeempfängerinnen eine kostenlose Verhütung zu ermöglichen. Eine selbstbestimmte Familienplanung dürfe nicht am Geldbeutel scheitern, hieß es.

Derzeit liegt der vom Gesetzgeber eingeplante Bedarf für die Gesundheitspflege, zu der Verhütungsmittel zählen, bei 15 Euro. Um das zu ändern, wollen die Sozialdemokraten, dass sich Schleswig-Holstein einer entsprechenden Bundesratsinitiative von Niedersachsen und Bremen anschließt. Die Krankenkassen lehnen die Kostenübernahme bislang ab. Ein Anspruch auf empfängnisverhütende Mittel bestehe nur bis zum 20. Lebensjahr, argumentieren sie. Diese Auffassung wurde 2012 vom Bundessozialgericht bestätigt.

Alle Frauen müssten frei überlegen können, welche Verhütungsmittel sie nehmen wollten, hielt Birte Pauls (SPD) dagegen. Die Pille koste 20 Euro im Monat, das Einsetzen einer Spirale bis zu 400 Euro. Diese Summe anzusparsen, sei für eine Frau, die Hartz IV, Sozialhilfe oder Wohngeld bezieht, nicht möglich. Sozialminister Heiner Garg (FDP) betonte, eine verhütete Schwangerschaft sei stets einer abgebrochenen vorzuziehen. Der Antrag wurde an den Sozialausschuss überwiesen.

Plan für die Artenvielfalt

Schleswig-Holstein wird als vorletztes Bundesland eine Landesstrategie zur Sicherung der biologischen Vielfalt entwickeln. Einen entsprechenden Antrag von CDU, Grünen und FDP unterstützten im Oktober auch AfD und SSW.

Seit 2007 gibt es eine „Nationale Strategie für biologische Vielfalt“. 14 Bundesländer haben mittlerweile eigene Pläne entwickelt, wie sie ihre heimische Artenvielfalt und Landschaftsqualität erhalten wollen.

Es gehe um nichts weniger als um „eine Überlebensstrategie des Menschen“, hob Marlies Fritzen (Grüne) hervor. „Es ist kurz vor zu spät“, mahnte auch Sandra Redmann (SPD). Ein Alternativantrag der Sozialdemokraten, der die Einbindung von Kommunen, Vereinen und Verbänden verlangte, wurde abgelehnt.

Streit gab es um die Rolle der Landwirtschaft. Redmann machte sie als einen der Hauptverursacher aus: „Wir haben 80 Prozent Artensterben auf unseren Äckern.“ Der CDU-Abgeordnete Heiner Rickers verwahrte sich dagegen. Artenschutz sei „eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe“, die „nur ohne ideologische Schuldzuweisung“ zu lösen sei – „und nur mit der Landwirtschaft und nicht gegen sie“.

Weniger Stress in der Notaufnahme

Immer mehr Menschen wenden sich an die Notaufnahme eines Krankenhauses, wenn es ihnen nicht gut geht – auch tagsüber, obwohl Arztpraxen geöffnet haben. 25 Millionen Hilfesuchende waren das deutschlandweit im vergangenen Jahr, doppelt so viele wie zehn Jahre zuvor. Die Folge: Die Ambulanzen sind überlastet, und Patienten müssen lange auf ihre Behandlung warten.

Landtag und Landesregierung wollen Notfallpatienten deswegen besser als bisher steuern. Im Zentrum stehen sogenannte Anlauf- und Portalpraxen. Sie sind an die Kliniken angegliedert und sortieren die Hilfesuchenden: Wer muss ins Krankenhausbett, wer gehört in die Sprechstunde eines Arztes – und wer kann wieder nach Hause, um am nächsten Tag den Hausarzt aufzusuchen?

34 Anlauf- und Portalpraxen gibt es im Lande bereits. Nach derzeitigem Recht dürfen sie allerdings nur am Wochenende und nach Feierabend aktiv werden. Um längere Öffnungszeiten im Sozialgesetzbuch V zu verankern, ist der Bund gefordert. Koalition, AfD und SSW rufen deswegen die Landesregierung auf, sich in Berlin hierfür stark zu machen. Sozialminister Heiner Garg (FDP) sah in der November-Tagung gute Chancen: „Der Handlungsbedarf ist bundesweit unstrittig.“ Etwa 30 Prozent der Menschen, die in die Notfallambulanzen kämen, seien „keine akuten Notfälle“, unterstrich **Hans Hinrich Neve** (CDU, Foto).



Birte Pauls, deren SPD-Fraktion sich der Stimme enthielt, will zunächst ein Gutachten des Sachverständigenrates Gesundheit abwarten, das im Frühjahr 2018 erwartet wird.

Ein weiterer Ansatz zur Entlastung der Notaufnahmen: Mehr Hilfesuchende sollen sich abends oder am Wochenende an die

Telefonnummer
 **116 117**
 des ärztlichen Bereitschaftsdienstes

wenden. Die habe derzeit einen zu „geringen Bekanntheitsgrad“, bedauerte Minister Garg. In der Regel wählen Kranke die Notrufnummer 112. Die Landespolitik strebt deswegen an, beide Rufnummern zu vernetzen.

Dringend nötig: mehr Schwimmunterricht

Viele Kinder in Schleswig-Holstein erhalten nicht den gesetzlich vorgesehenen Schwimmunterricht – etwa weil Lehrer fehlen oder weil marode Schwimmhallen geschlossen bleiben. Die AfD forderte deswegen im November eine Bestandsaufnahme der Lage im Lande. Die anderen Fraktionen sahen ebenfalls Handlungsbedarf – allerdings nicht nur seitens der Politik.

„Es verstößt gegen die gesetzlichen Vorgaben“, dass viele Grundschulen nur manchmal oder gar nicht Schwimmunterricht erteilen, so der AfD-Abgeordnete Frank Brodehl. Es sei endlich Zeit für eine „Erhebung des Ist-Zustandes“, um dann ein Konzept gegen die Schwimm-Ausfälle zu erarbeiten.

„Wir wissen ganz genau, an welchen Schulen kein Unterricht erteilt wird“, entgegnete Bildungsministerin Karin Prien (CDU). So böten 108 der 474 schleswig-holsteinischen Grundschulen derzeit keine oder zu wenige Schwimmstunden an – etwa, weil sie keine Fachlehrer haben. Um gegenzusteuern, müssen im Lande alle Lehramtsstudenten für Sport auch Schwimmlehrer werden. Pädagogen aus anderen Bundesländern müssen sich weiterbilden.



Alle anderen Fraktionen stellten sich im Grundsatz hinter die AfD-Forderung, legten dazu aber einen eigenen Antrag vor. Demnach soll die Regierung bis Herbst 2018 konkrete „Umsetzungsschritte“ benennen. Kathrin Wagner-Bockey (SPD) betonte: „Es ist nicht so, als hätte sich vorher niemand um das Problem gekümmert“. Bereits vor der AfD-Initiative seien die Landesmittel für den Schwimmsport „immer wieder aufgestockt“ worden – allein im Jahr 2017 um 750.000 Euro auf 2,75 Millionen Euro. Das Jamaika-Sportstättenkonzept sieht weitere 7,5 Millionen Euro für die laufende Wahlperiode vor.

Außerdem sei das Problem viel komplexer, als die AfD es darstelle. Ines Strehlau (Grüne) mahnte „die Kooperation mit außerschulischen Partnern wie dem Schwimmverband und der DLRG“ an. Anita Klahn (FDP) beklagte, dass viele Eltern keine Zeit hätten,

ihren Kindern selbst das Schwimmen beizubringen. Und Jette Waldinger-Thiering (SSW) kritisierte die Kommunen, die vielfach „Spaßbäder“ gefördert hätten, aber keine richtigen Schwimmhallen.

Barbara Ostmeier (CDU) wies darauf hin, dass nur jeder zweite Viertklässler in Schleswig-Holstein schwimmen könne. Ertrinken sei eine der häufigsten Todesursachen bei Kindern. Nach Angaben der Landesregierung gibt es 293 Hallen-, Frei- und Naturbäder im Lande. Allerdings müsse davon knapp die Hälfte saniert werden. Eine repräsentative Umfrage im Auftrag der Deutschen Lebensrettungsgesellschaft (DLRG) zeigt: Während in der Altersgruppe der Über-60-Jährigen 56 Prozent in der Grundschulzeit schwimmen lernten, sind es bei den 14- bis 29-Jährigen nur 36 Prozent.

Windkraft- Ausbau: Klima schützen, Anwohner schonen

Schleswig-Holstein hat sich zum Klimaschutz verpflichtet. Ein Kernpunkt: umweltfreundliche Energieträger wie die Windkraft. Doch der Wind-Ausbau stößt vielerorts auf Proteste (siehe Seite 3). Wie kann die Politik Rücksicht aufs Klima nehmen, ohne die Bürger zu verschrecken? Darüber debattierte der Landtag im Dezember.



Thomas Hölck (SPD) erinnerte an das Energiewende- und Klimaschutzgesetz, das die Nord-Ampel Anfang 2017 beschlossen hat. Es sieht vor, die Treibhausgasemissionen bis 2020 um 40 Prozent zu reduzieren und die Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien bis 2025 auf mindestens 37 Terrawattstunden (TWh) auszubauen. Um diese Ziele zu erreichen, müssen mehr Windflächen ausgewiesen werden. Angepeilt sind zwei Prozent der Landesfläche. Wer diese Marke ausbeute und „gleichzeitig behauptet, die Abstände zur Wohnbebauung erheblich vergrößern zu

können, der belügt die Menschen“, schimpfte Hölck in Richtung der Jamaika-Parteien. Die haben im Koalitionsvertrag verabredet, den Abstand von Windrädern zu Siedlungen von 800 auf 1.000 Meter zu erhöhen.

„Die Energiewende und der Klimaschutz können nicht ohne die Bürger gelingen“, betonte Oliver Kumbartzky (FDP). Eine Möglichkeit, Klimaziele und Bürgerinteressen unter einen Hut zu bringen, sei die Offshore-Windkraft. Kumbartzky warb für eine „wesentliche Ausweitung“ der Windflächen auf hoher See. Auch Jamaika verfolge

„weiterhin die ehrgeizigen Ziele der Energiewende- und Klimaschutzpolitik“, unterstrich Andreas Hein (CDU).

Von der anvisierten CO₂-Reduzierung habe Schleswig-Holstein bereits 25 Prozent geschafft, berichtete Umweltminister Robert Habeck (Grüne). Auch bei der Stromerzeugung gehe es voran: Schleswig-Holstein produziere demnächst 24 Terrawattstunden Öko-Strom. Damit hätte das Land das Ziel von 37 TWh schon zu fast zwei Dritteln erreicht.

Kein pauschaler Abschiebestopp im Winter

Die Jamaika-Koalition hat im Dezember die SPD-Forderung nach einem Winter-Abschiebestopp für Flüchtlinge zurückgewiesen. CDU, Grüne und FDP setzen weiterhin darauf, die Schutzbedürftigkeit in jedem Fall einzeln zu prüfen.

Innenminister Hans-Joachim Grote (CDU) zeigte sich verwundert über den SPD-Antrag, weil die damals SPD-geführte Landesregierung bereits 2015 einen Erlass an die Ausländerbehörden herausgegeben hatte, wonach auf eine pauschale Regelung verzichtet werden soll. „Das setzen wir fort, nicht mehr und nicht weniger“, sagte Grote: „Es ist die Politik dieser Landesregierung, dass wir ein konsequentes Rückkehrmanagement mit unseren humanitären Grundüberzeugungen in

Einklang bringen.“ Die Grüne Aminata Touré (Foto) verteidigte ebenfalls diese Linie: „Ich weiß nicht, warum die Regelung 2015 als human gilt und 2017 als inhuman“, sagte Touré an die Adresse der SPD. Eine „erstaunliche 180-Grad-Wende“ bescheinigte Wolfgang Kubicki (FDP) den Sozialdemokraten: „Anders lässt sich doch nicht erklären, dass man eine Regelung, die man selbst eingeführt hat und als ein Mehr an Einzelfallgerechtigkeit gepriesen hat, nun als inhumane Praktik klassifiziert.“



Die SPD-Abgeordnete Serpil Midyatli hielt dagegen: „Es findet praktisch keine Einzelfall-

prüfung mehr statt“, sagte sie. „Fast täglich erreichen uns Hilferufe aus den Kreisen.“ In den Ausländerbehörden herrsche „buntes Treiben“. Zum Beispiel würden nach Norwegen abgeschobene Flüchtlinge von dort in Herkunftsländer wie den Irak weitergeschickt.

Claus Schaffer (AfD) stellte sich hinter den Kurs der Landesregierung: Wer kein Aufenthaltsrecht habe, müsse abgeschoben werden, wenn er das Land nicht freiwillig verlasse. Die AfD habe großes Vertrauen in das rechtsstaatliche Handeln der Ausländerbehörden. Lars Harms vom SSW plädierte unter Hinweis auf die Lebensbedingungen zum Beispiel von Roma im Kosovo für einen Abschiebestopp.

Fast ein Jubiläum: AUSGABE 444

Dies ist das 444. Heft der Landtagszeitschrift seit ihrer Gründung Anfang 1965. Es ist die erste „Schnapszahl“ seit der Nummer 333 im Dezember 2003. Die nächste, die Nummer 555, wird voraussichtlich erst Anfang 2046 erscheinen. Um den Anlass zu würdigen, zerlegen wir die 444 in ihre Einzelteile und schauen, was in den Ausgaben 4, 40 und 400 so los war.



AUSGABE 4
Erschienen im Mai 1965

AUSGABE 40
Erschienen im November 1970

AUSGABE 400
Erschienen im Dezember 2010

Die politische Großwetterlage:

20 Jahre nach Kriegsende überschattet das Gedenken die Debatten. Im Fokus steht der irrtümliche Angriff britischer Bomber auf das mit KZ-Überlebenden besetzte Passagierschiff „Cap Arcona“ am 3. Mai 1945 in der Lübecker Bucht. Dabei kamen 6.400 Häftlinge ums Leben.

Das Top-Thema:

Bei der Landtagswahl 1962 umfasste der Wahlkreis Pinneberg-Elbmarschen fast 58.000 Menschen. In Südangeln-Schwansen waren es nur 31.000. Die SPD will das Ungleichgewicht im Wahlrecht beseitigen, die regierende CDU hält das für „nicht notwendig“.

Außerdem:

106 Gemeinden im Lande erheben noch eine Getränkesteuer. CDU und FDP wollen sie teilweise abschaffen, um den Fremdenverkehr anzukurbeln. Nur noch alkoholhaltige Getränke sollen besteuert werden dürfen, „Limonaden“ nicht mehr.

Die politische Großwetterlage:

Auch wenn das Land schwarz-gelb regiert wird, dringt der sozialliberale Reformgeist aus Bonn nach Kiel vor. Es geht im Landtag um eine Modernisierung der Schulen, des Beamtenrechts und des Justizvollzugs.

Das Top-Thema:

Die Politik ist sich einig: In Kaltenkirchen soll ein Großflughafen entstehen. CDU-Wirtschaftsminister Karl-Heinz Narjes sieht dort den „optimalen Standort in Norddeutschland“. Allerdings sind die Anwohner skeptisch. Sie fürchten den Lärm und den Wertverlust ihrer Häuser. Der Landtag will sie zu einem „Hearing“ einladen. Bis heute landen in Kaltenkirchen keine Flieger.

Außerdem:

Die NPD fordert eine Verfassungsklage gegen den Moskauer Vertrag der Bundesregierung Brandt/Scheel. Und der Begriff „Infrastruktur“ wird erklärt – „eine der am häufigsten gebrauchten modernen Wortschöpfungen“.

Die politische Großwetterlage:

Atom, Kohle oder Wind – wie sieht die Energieversorgung der Zukunft aus? Die CDU verteidigt die kurz zuvor in Berlin beschlossenen längeren Laufzeiten für Kernkraftwerke. SPD, Grüne, Linke, SSW und auch die FDP, die gemeinsam mit der Union regiert, zeigen sich atomkritisch. Vier Monate später explodiert in Japan der Meiler Fukushima. Danach will auch die CDU aus der Kernkraft aussteigen.

Das Top-Thema:

Die HSH Nordbank gerät in die finanzielle Schieflage, und Vorstandschef Dirk Jens Nonnenmacher soll eine Sicherheitsfirma engagiert haben, um Mitarbeiter zu bespitzeln. Geschlossen fordert der Landtag Nonnenmachers Entlassung.

Außerdem:

Protestierende Gewerkschafter versperren den Eingang des Landeshauses mit Umzugskartons. Landtagspräsident Torsten Geerds verklagt einige der Demo-Teilnehmer.

„Jetzt schaue ich einmal in die Runde ...“

(Landtagspräsident Klaus Schlie am 21. Juli)



Zitate des Jahres 2017

„So dachten Sie sich wohl: ‚Drum prüfe, wer sich ewig bindet, ob sich das Herz zum Herzen findet!‘ Herr Ministerpräsident, Sie wissen schon, wie es in Schillers ‚Glocke‘ weitergeht: ‚Der Wahn ist kurz, die Reu‘ ist lang.‘“ (Ralf Stegner, SPD, am 29. Juni)

+++

„Offenbar gilt selbst das Thema Tourismus als zu heikel, als dass man es mit den Neuen im Landtag voranbringen möchte. Oder befürchten die anderen Fraktionen – Vorsicht, Satire! –, dass wir uns am Begriff Fremdenverkehr stören?“ (Volker Schnurrbusch, AfD, am 17. November)

+++

„Ich bin nun wirklich der Letzte hier im Saal, der Ihnen etwas Böses unterstellen würde. Na gut, der Vorletzte.“ (Christopher Vogt, FDP, am 16. November zur SPD)

+++

„Wenn man von Start-ups hört, fallen oft Bezeichnungen wie Keynotes, Warm-up, Workshop, CXO-Talk, Lab und vieles mehr. Nun kommt dat gor nich op de Beteknung an. Man kann op Platt ok seggen: Wi hebbt uns tosammensett, hebbt doröver schnackt und hebbt wat dorut maakt.“ (Andreas Hein, CDU, am 16. November)

+++

„Ich begrüße eine ganze Reihe von Punkten im Antrag der Kollegin Eickhoff-Weber und schlage vor, sie zur weiteren Beratung in den Umwelt- und Agrarausschuss zu überweisen. Nicht die Kollegin, sondern den Antrag.“ (Bernd Voß, Grüne, am 16. November)

+++

„In Kosmetika würden Sie es nicht merken, wenn diese Mikroplastikteile nicht drin wären. Meine Haut würde auch ohne Mikroplastik sauber.“ (Heiner Rickers, CDU)

„Ich weiß nicht, ob Männer in der Lage sind, da mitzureden!“ (Beate Raudies, SPD, am 15. November)

+++

„Ich bin mir sicher, Herr Minister, dass das Motto ‚Mach die Tür zu, ich komme durch die Wand‘ für Planungsprozesse nicht immer zielführend ist.“ **(Andreas Tietze, Grüne, am 15. November zu Verkehrsminister Buchholz)**

+++

„Sollte es Jamaika auch in den kommenden fünf Jahren nicht hinbekommen, dann werden wir in der nächsten Legislaturperiode vorschlagen, das Projekt A20 einem chinesischen Konsortium zu übertragen. Dann haben sie nämlich in zwei Jahren die Autobahn bis zur Elbe gebaut, und sämtliches Getier am Rande der Strecke landet auf dem Grill der Bauarbeiter.“ **(Jörg Nobis, AfD, am 19. Juli)**

+++

„Herr Ministerpräsident, das ist nicht die Politik der ruhigen Hand, wie ein Bundeskanzler einmal gesagt hat, das ist eine Politik der eingeschlafenen Füße.“ **(Ralf Stegner, SPD, am 11. Oktober)**

+++

„Sie loben ja, die letzte Regierung hätte keinen Urlaub gemacht. Ich sage Ihnen ganz ehrlich: Was hat das Land dadurch besser gemacht, dass auf den Urlaub verzichtet wurde? Ich bin stolz darauf, dass einige Urlaub gemacht haben und dann mit neuer Kraft und Dynamik an die Dinge herangegangen sind. Ich würde umgekehrt einmal überlegen und sagen: Sie könnten ruhig auch einmal einen Tag Pause machen!“ **(Ministerpräsident Daniel Günther, CDU, am 11. Oktober)**

+++

„Wir sind dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk sehr dankbar für investigative Recherchen, beispielsweise bei den Panama-Papers, bei den Cum-Ex-Geschäften und bei der Korruption in der FIFA, und natürlich dafür, dass durch ‚Bares für Rares‘ eine unscheinbare Münze 20.000 Euro wert ist.“ **(Lasse Petersdotter, Grüne, am 20. September)**

+++

„Die Zeremonie einer Eheschließung – das ist auch hier wiederholt besprochen worden – kostet in Deutschland nichts. Der eigentliche Trauungsakt als solcher ist kostenfrei.“ **(Innenminister Hans-Joachim Grote, CDU)**

„Das denken die meisten bis zur Scheidung!“ **(Wolfgang Kubicki, FDP, am 21. September)**

+++

„Ich bin einfach neugierig. Ich bin immer gern bereit, etwas Neues zu lernen. Können Sie mir sagen, welche Richtlinie die Dicke des Pizzabodens in Europa in den Ländern verbindlich regelt?“ **(Kai Dolgner, SPD)**

„Ich beziehe mich auf die Verordnung 97/2010. Mit Ihrer Erlaubnis, Herr Präsident, zitiere ich: ‚Die Pizza Napoletana ... ist eine kreisförmige Backware mit variablem Durchmesser von höchstens 35 cm mit erhabenem Teigrand ... Das Innere ist 0,4 cm dick, wobei eine Toleranz von +/- 10 Prozent zulässig ist.‘“ **(Stephan Holowaty, FDP, am 21. September)**

+++

„Wir können gern eine Debatte über die Demografie aufmachen, aber Fakt ist: Der demografische Effekt muss berücksichtigt werden; denn hier haben wir ein Problem.“ **(Dennys Bornhöft, FDP)**

„Dann fang doch mal an!“ **(Serpil Midyatli, SPD)**

„Ja, da hast du Recht! Ich habe noch kein Kind. Insofern habe ich noch ein bisschen was zu tun – nach der Rede!“ **(Dennys Bornhöft, am 21. September)**

+++

„Es ist so: Sie haben den Schweinebraten gebraten. Die Grünen haben ein kleines grünes Salatblättchen draufgelegt, und jetzt nennen Sie das Essen vegetarisch.“ **(Sandra Redmann, SPD, am 21. Juli)**

+++



„In diesem 100-Tage-Programm erfreuen Sie den kulturinteressierten Menschen mit einigen Kleinoden der Sprachkultur. Da ist die Wortschöpfung vom ‚Lehrkräftebedarfsanalysekonzept‘. Ich hoffe, Sie haben dafür auch eine Lehrkräftebedarfsanalysekonzepterstellungstrategie.“ **(Martin Habersaat, SPD, am 19. Juli)**

+++

„Bei den Urlaubsaktivitäten lieben 78 Prozent den Einkaufsbummel, 78 Prozent Ausflüge in die Umgebung, 78 Prozent lieben das Wasser und daran zu spazieren, 77 Prozent möchten darin baden, 57 Prozent genießen landestypische Spezialitäten – es lebe der Matjes, das Krabbenbrötchen, der Grünkohl, Flens und Marzipan!“ **(Andreas Tietze, Grüne, am 17. November)**

+++

„Nach einem guten halben Jahr der Abgeordnetentätigkeit habe ich gelernt und musste durchaus lernen, dass viele Themen komplexer sind, als sie sich von außen darstellen.“ **(Frank Brodehl, AfD, am 17. November)**

+++

„Mit Ihrem ‚Konzept‘ – ich füge hinzu: das Wort ‚Konzept‘ setze ich in Anführungszeichen; Sie können das nicht sehen, deswegen sage ich es – ...“ **(Christopher Vogt, FDP, am 16. November)**

+++

„Der Vergabemindestlohn wird nicht angefasst. Das war schon geklärt, bevor der Antrag zur Durchführung der Aktuellen Stunde kam. Deswegen kann ich Ihnen jetzt allgemeine Belehrungen erteilen.“ **(Lukas Kilian, CDU, am 20. September)**

+++

„Liebe Kollegin Aminata Touré, herzlichen Glückwunsch zu Ihrer, wie ich finde, sehr gelungenen Rede. Nichtsdestoweniger tut es mir leid, dass ich sie nun ein bisschen auseinanderpflücken werde.“ **(Serpil Midyatli, SPD, am 21. September)**

+++

„Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. Das ist einstimmig so beschlossen. Vielen Dank.“ **(Landtagspräsident Klaus Schlie)**

„Stopp! Ich würde gern dagegen stimmen!“ **(Lars Harms, SSW, am 13. Oktober)**

+++

„Wir müssen Wohnungen mieten. Das sind kleine Wohnungen, in denen die Schüler entweder alleine oder gemeinsam mit ein paar Freunden als WG wohnen. Wenn man 15, 16 oder 17 Jahr alt ist, hat das auch Vorteile. Man geht einigem zu Hause aus dem Weg.“ **(Klaus Jensen, CDU, am 15. November über Internatsschüler von den Inseln und Halligen)**

+++

Der Land-Tag in Leichter Sprache

Alle Menschen sollen verstehen, was im Land-Tag gesagt wird.
Hier stehen Texte in Leichter Sprache.

Denn: Viele Menschen haben Probleme mit dem Lernen,
dem Lesen und dem Verstehen.

Viele Menschen können auch nicht so gut Deutsch.
Die Macher dieser Seite versuchen, nach den Regeln
für Leichte Sprache zu schreiben.



In einem Wahl-Lokal

Leichte Sprache bei Wahl-Benachrichtigung wird wieder abgeschafft

Im Mai 2017 haben die Menschen in Schleswig-Holstein
den Land-Tag neu gewählt.

Die Wahl-Benachrichtigung war dabei zum ersten Mal in
Leichter Sprache geschrieben.

Und auch der Wahl-Zettel für die Brief-Wahl war in
Leichter Sprache.

Das wird bei der **Kommunal-Wahl** im Mai 2018 anders.
Die Wahl-Benachrichtigung und die Brief-Wahl-Zettel
sollen nicht mehr in Leichter Sprache sein.

Das haben die Parteien CDU, Grüne, FDP, AfD und SSW
im Land-Tag beschlossen.

Sie sagen: Viele Menschen waren überrascht von der
Leichten Sprache.

Erklärung:

Kommunal-Wahl: Das Land Schleswig-Holstein
besteht aus mehr als tausend Dörfern und kleinen
Städten.

Die Dörfer und kleinen Städte bilden zusammen
elf Land-Kreise.

Dazu kommen noch die vier großen Städte Kiel, Lübeck,
Flensburg und Neumünster.

In jedem Dorf, jeder Stadt und jedem Land-Kreis
wählen die Menschen alle fünf Jahre ihre Vertreter.
Die Vertreter beschließen zum Beispiel wofür das Dorf
oder der Land-Kreis sein Geld ausgibt.

Am 6. Mai 2018 wählen die Menschen in Schleswig-
Holstein diese Vertreter für ihre Dörfer, ihre Städte und
ihre Land-Kreise. Das nennt man auch Kommunal-Wahl.

Und viele Menschen haben sich über die besonderen
Schreib-Regeln für Leichte Sprache geärgert.

Viele Menschen finden: Das ist schlechtes Deutsch.

Es gab viel Unverständnis und Unruhe, sagt

Claus Christian Claussen. Er ist Abgeordneter von der
CDU. Er will jetzt einen besseren Weg ausprobieren.

Das bedeutet: Die Leichte Sprache verschwindet nicht
ganz. Es sollen nämlich noch mehr Informationen über
die Wahl im Internet stehen. In Leichter Sprache.

Und auf der Wahl-Benachrichtigung steht ein Hinweis
auf diese Informationen.

Nach der Kommunal-Wahl will der Land-Tag dann
noch einmal über die Leichte Sprache nachdenken.

Wolfgang Baasch von der Partei SPD ist dagegen, die
Leichte Sprache wieder abzuschaffen.

Er meint: Es gibt eine Pflicht, Menschen mit Behinderung
über die Wahl zu informieren.

Eine Information im Internet reicht nicht aus.

Denn viele Menschen mit Behinderung kommen nicht
so leicht ins Internet.

Ulrich Hase ist Landes-Beauftragter für Menschen mit
Behinderung.

Er sagt: Nicht alle Menschen fanden die Leichte Sprache
auf der Wahl-Benachrichtigung schlecht.

Viele fanden sie gut.

Ulrich Hase möchte nicht nur Texte in Leichter Sprache
im Internet.

Sondern auch eine Beratung am Telefon für Menschen
mit Behinderung.

Und mehr Hefte mit Erklär-Texten.

Nachgehakt

Wie wirken sich die Beschlüsse des Landtages konkret aus?
Unsere Serie zeigt Beispiele aus dem Jahr 2017.

Urteile gegen Homosexuelle aufgehoben



Geschlossen hatte der Landtag im Dezember 2014 den Bund aufgefordert, die Urteile gegen homosexuelle Männer aufzuheben, die aufgrund des inzwischen abgeschafften Paragraphen 175 des Strafgesetzbuches schuldig gesprochen wurden. Die etwa 64.000 Urteile gegen Homosexuelle in der Bundesrepublik und der DDR seien Menschenrechtsverstöße gewesen, waren sich die Abgeordneten einig. Der Staat müsse die Opfer rehabilitieren. Dieser Appell wurde von einer breiten Öffentlichkeit getragen.

Der Paragraph 175 stammt aus der Kaiserzeit, wurde in der NS-Zeit verschärft und nach dem Krieg von beiden deutschen Staaten übernommen. Er wurde zwar in den 1960er und 70er Jahren entschärft und 1994 endgültig aufgehoben. Dennoch leitete allein die bundesdeutsche Justiz etwa 100.000 Ermittlungsverfahren gegen Homosexuelle ein.

Im Juni und Juli 2017 haben Bundestag und Bundesrat einstimmig ein Gesetz beschlossen, mit dem ein Großteil der Urteile aufgehoben wurde. Ausgenommen von der Rehabilitierung blieben sexuelle Handlungen mit Unter-16-Jährigen. Die Justizopfer erhalten auf Antrag eine Entschädigung von 3.000 Euro sowie von weiteren 1.500 Euro für jedes angefangene Jahr im Gefängnis.



Majestätsbeleidigung: Paragraf abgeschafft

Im April 2016 hatten Abgeordnete aller Fraktionen gefordert, den Paragraphen 103 aus dem Strafgesetzbuch zu streichen. Der sogenannte Majestätsbeleidigungsparagraf sah bis zu fünf Jahre Gefängnis für die „Beleidigung von Organen und Vertretern ausländischer Staaten“ vor. Konkreter Anlass waren die Ermittlungen gegen den Fernseh-Satiriker Jan Böhmermann, der den türkischen Staatspräsidenten Recep Tayyip Erdoğan in einem „Schmähgedicht“ scharf kritisiert hatte. Böhmermanns Verbalattacke falle unter die Kunst- und Pressefreiheit des Grundgesetzes, lautete die überwiegende Meinung im Landtag.

Schleswig-Holstein war eines von fünf Bundesländern, die den Paragraphen 103 über den Bundesrat abschaffen wollten. Die Initiative war im Sommer 2017 erfolgreich. Bundestag und Länderkammer winkten die entsprechende Reform des Strafrechts durch. Zuvor war das Strafverfahren gegen Böhmermann eingestellt worden.

Zehn Jahre Brustkrebs-Screening

Im Juni 2006 hat der Landtag die kostenlose Brustkrebsfrüherkennung auf den Weg gebracht, im Herbst 2007 ging das Programm an den Start. Zehn Jahre danach haben Vertreter des Netzwerkes „Betrifft Brust“ Bilanz gezogen. In dieser Zeit wurden rund 1,7 Millionen Einladungen verschickt und etwa 850.000 Röntgenuntersuchungen vorgenommen. Es habe knapp jede zweite berechnete Frau das Angebot angenommen.



Seit 2007 erhalten alle Frauen zwischen 50 und 69 Jahren alle zwei Jahre eine Einladung zu einer Röntgenuntersuchung. Die Kosten tragen die Krankenkassen. In den vergangenen zehn Jahren wurden im Rahmen des Programms 325.000 Frauen untersucht, viele von ihnen mehrfach. Dabei wurden bei etwa 6.200 Frauen Karzinome festgestellt. Diese hätten sich in den meisten Fällen noch in einem frühen Stadium befunden, so dass Bestrahlungen und Chemotherapie oft vermieden werden konnten, wie Ärzte betonten. Landesweit gibt es vier Screening-Einheiten mit insgesamt sechs stationären Röntgenzentren und vier mobilen Röntgenstationen, um eine wohnortnahe Versorgung zu ermöglichen.

Das Netzwerk „Betrifft Brust“ will nach eigenem Bekunden die Teilnehmerate im Lande steigern. Der Wert von knapp 50 Prozent Beteiligung liege im bundesweiten Schnitt und sei noch zu verbessern.



„Hein Schönberg“ rollt wieder

Im April 2014 hat sich der Landtag mehrheitlich hinter die Pläne der Landesregierung gestellt, die Bahnlinie von Kiel ins Ostseebad Schönberger Strand wieder in Betrieb zu nehmen – mehr als 30 Jahre nach deren Stilllegung. CDU und FDP waren dagegen und befürchteten mangels Interesse leere Züge. Die damalige SPD/Grünen/SSW-Koalition versprach sich dagegen eine bessere Anbindung der Region im Kreis Plön an die Landeshauptstadt sowie „hohes touristisches Potenzial“.

Seit Ende August 2017 ist ein Teil der im Volksmund „Hein Schönberg“ genannten Bahnlinie wieder in Betrieb. Zwischen Kiel und Oppendorf rollen im Stundentakt die Züge der Linie AKN. Die gesamte 26 Kilometer lange Strecke soll 2020 befahren werden. Die Kosten für das Projekt werden auf 30 Millionen Euro veranschlagt.

Lob und Tadel für die Schulreform

Schleswig-Holsteins Gymnasien kehren großflächig zum Langsam-Abi G9 zurück. Das haben Jamaika-Koalition und AfD im Dezember beschlossen, gegen Proteste von SPD und SSW. Das Hauptargument für den Kursschwenk: Ein Jahr mehr Zeit zum Lernen entlaste die Schüler. G9-Gegner müssen bis Ende Februar eine Dreiviertelmehrheit in der Schulkonferenz zusammenbringen, wenn sie das Turbo-Abi G8 behalten wollen. Der neunjährige Bildungsgang soll zum Schuljahr 2019/20 mit den Jahrgangsstufen fünf und sechs starten. Um den Übergang abzufedern, soll jedes Gymnasium eine halbe Lehrerstelle extra bekommen. Ganztagsangebote in den Klassen 5 bis 7 sollen ausgebaut werden, und Schulen an sozialen Brennpunkten erhalten zusätzliches Geld.

Zuvor hat der Bildungsausschuss die Details der Schulreform intensiv beleuchtet. Ende November präsentierten die unmittelbar Betroffenen in einer mehrstündigen Anhörung ihre Sichtweise.

Das meinen die Schulträger:

Städte, Kreise und Gemeinden befürchten „erhebliche Mehrkosten“ durch die Rückkehr zu G9, wie Sönke Schulz vom Landkreistag anmerkte. So würden an den Gymnasien zusätzliche Klassen- und Fachräume benötigt. Was das koste, sei unklar. Schulz forderte, dass das Land für die Mehrkosten geradesteht, so wie es bei der Einführung von G8 vor zehn Jahren der Fall war. Damals überwies die Landesregierung insgesamt 52 Millionen Euro an die Kommunen. Schulz pochte damit auf das sogenannte Konnexitätsprinzip in der Landesverfassung. Demnach muss das Land für die Extra-Kosten aufkommen, wenn es die kommunale Ebene mit neuen Aufgaben belastet.



Jette Waldinger-Thiering (SSW) unterstützte die Forderung: „Wer die Musik bestellt, muss sie auch bezahlen.“ Die Grünen-Abgeordnete Ines Strehlau kündigte an, dass Jamaika die Kommunen „nicht im Regen stehen lassen“ werde. Kritischer gab sich Tim Brockmann (CDU). Er habe die „Befürchtung, dass das Land Dinge bezahlen soll, die die Kommunen gerne hätten“. Klärung soll ein „Spitzengespräch“ im Januar bringen.

Das meinen die Lehrer:

Bei den Pädagogen war die Meinung geteilt. Walter Tetzloff vom Philologenverband, der Vertretung der Gymnasiallehrer, begrüßte den Schwenk zu G9 „ausdrücklich“. Er erhoffte sich eine „qualifizierte Allgemeinbildung“ und eine bessere „Studierfähigkeit“ durch die längere Schulzeit und zog das Fazit: „G8 war kein Erfolg.“ Das sah Astrid Henke von der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) anders. Es gebe „keine wissenschaftlichen Erkenntnisse für ein Scheitern von G8“. Zudem sei es für die Lehrer „nicht gerade motivationsfördernd, wenn nach jeder Landtagswahl das Schulsystem geändert wird“.

Dem pflichtete der SPD-Abgeordnete Heiner Dunckel bei: Es gebe keinen feststellbaren Unterschied zwischen den schulischen Leistungen von G8- und G9-Schülern. Bei der anstehenden Reform gehe es ausschließlich darum, einen politischen Willen durchzusetzen. Der Schwenk zu G9 ergebe sich aus der Landtagswahl vom Mai dieses Jahres, entgegnete Anita Klahn (FDP). Die Koalition setze das um, „was die Menschen sich wünschen“.

Das meinen die Eltern:

Thomas Wulff vom Landeselternbeirat der Gymnasien stellte eine verbreitete Pro-G9-Stimmung fest: Er habe „keine Signale, dass auch nur ein Gymnasium bei G8 bleiben will“. Er hielt aber die vom Bildungsministerium vorgesehene Dreiviertelmehrheit in der Schulkonferenz, die nötig ist, um bei G8 zu bleiben, für zu hoch. Für die Elternvertretung der Gemeinschaftsschulen postierte sich Thorsten Muschinski „weiterhin gegen den Gesetzentwurf“. Seine Befürchtung: Den Gemeinschaftsschulen drohe eine Abwanderungswelle. Auch Muschinski attackierte die vorgesehene Dreiviertelmehrheit bei geheimer Abstimmung als „Pseudo-Demokratie“. Selbst für eine Verfassungsänderung reiche eine Zweidrittelmehrheit aus. Der SPD-Abgeordnete Martin Habersaat hielt es ebenfalls für „absolut unüblich“, eine geheime Abstimmung mit einer so hohen Zustimmungshürde zu verlangen. Tobias Loose (CDU) verteidigte den Plan: Er trage dazu bei, dass jeder einzelne seine Entscheidung frei treffen könne – ohne Druck oder eventuelle Abhängigkeiten.

Das meinen die Schüler:

Den Dreiviertel-Paragrafen hielt auch Christin Godt, Landesschülervertreterin der Gymnasien, für „undemokratisch“. Die Schwelle sei so hoch, dass G8-Anhänger im ganzen Land „bereits aufgehört haben zu kämpfen“. Grundsätzlich begrüßte sie aber die Rückkehr zum neunjährigen Abi. Ein Jahr mehr Zeit zum Lernen sei „entscheidend für die Ausbildung der Persönlichkeit“.

Überholverbot für Brummis auf der A7?

Auf der Autobahn 7 staut sich oft der Verkehr, etwa wenn Urlauber durchs Land ziehen oder während der Rush-Hour morgens und nachmittags. Jedes sechste der rund 40.000 Fahrzeuge, die täglich über die A7 rollen, ist ein Lkw. Autofahrer sind oft genervt, wenn sie auf die Bremse treten müssen, weil Lastwagen sich gegenseitig überholen. Könnte ein Überholverbot für Brummis auf der zweispurigen Strecke zwischen dem Bordesholmer Dreieck und der dänischen Grenze den Verkehr flüssiger machen? Der SSW will den Lkw tagsüber von 6 bis 20 Uhr das Ausschwenken auf die linke Fahrbahn verbieten. Die Sozialdemokraten werben für ein Leitsystem mit örtlich und zeitlich begrenzten Überholverboten. Verkehrsminister Bernd Buchholz (FDP) mahnt: Für einen solchen Schritt gibt es hohe rechtliche Hürden. Der Wirtschaftsausschuss holte weitere Experten-Meinungen ein.

ADAC Schleswig-Holstein:

„Der Verzicht auf Elefantenrennen führt zu einem geringeren Kraftstoffverbrauch. Transportunternehmer sind daher gut beraten, ihre Fahrer aufzufordern, unnötige Elefantenrennen zu unterlassen.“



Spedition Frode Laursen, Flensburg:

„Im Hause Frode Laursen gibt es bereits eine interne Regelung, dass wir ‚Nein zu Elefantenrennen‘ sagen und deshalb nicht erlauben, dass unsere Fahrer auf der Autobahn überholen.“

Spedition F.A. Kruse, Brunsbüttel:

„Langsam fahrende Lkw sind sehr häufig ausländische Fahrzeuge (insbesondere Baltikum und Südosteuropa), die durch schwächere Motorisierung die zugelassenen Geschwindigkeiten nicht erreichen können. Andere Lkw-Fahrer dürfen nicht gezwungen werden, sich diesen geringeren Geschwindigkeiten anzupassen.“

Deutsch-Dänische Handelskammer:

„In Dänemark hat man sehr gute Erfahrungen mit zeitbegrenzten und punktuellen Überholverboten gemacht.“

Landesbetrieb Straßenbau und Verkehr:

„Nach Auskunft der zuständigen Polizeidienststelle, dem Landespolizeiamt, kam es in den letzten Jahren auf dem in Rede stehenden Streckenabschnitt der A7 zu keinen auffälligen Behinderungen des Verkehrsflusses durch Überholvorgänge von Lkw. Auch gab es keine Unfälle im Zusammenhang mit Lkw-Überholvorgängen.“

Logistik-Initiative Schleswig-Holstein:

„Staus auf der A7 entstehen aus unterschiedlichen Gründen. Dazu zählen langsam fahrende Pkw, Wohnwagengespanne, Reisebusse und – in der Regel ortsfremde – Lkw. Eine Benachteiligung der Lkw durch eine Verbannung auf die rechte Fahrspur würde dem Gleichheitsgrundsatz widersprechen.“

Omnibus-Verband Nord:

„Ein generelles Überholverbot für Lkw auf zweispurigen Autobahnen würde zwangsläufig dazu führen, dass das langsamste Fahrzeug das Tempo der rechten Fahrspur vorgibt und Pkw zu permanentem Linksfahren veranlasst werden. In der Konsequenz fällt die Fahrgeschwindigkeit auf beiden Spuren spürbar ab.“

Industrie- und Handelskammer Schleswig-Holstein:

„Nach unserem Empfinden sind die steigenden Verkehrsmengen in Kombination mit der Vielzahl an Baustellen die eigentliche Ursache für die Bildung von Staus.“

Ergebnis

Der Ausschuss regt zunächst eine weitere Verkehrszählung auf der A7 an, um dann gemeinsam mit dem Bund über einen besseren Verkehrsfluss zu beraten.

Deutsch-dänischer Verkehrsgipfel

Die geplante Fehmarnbeltquerung stand im Mittelpunkt einer gemeinsamen Sitzung der Verkehrsausschüsse von Landtag und dänischem Folketing. Zusammen mit der Delegation aus Kopenhagen war auch der dänische Botschafter, Friis Arne Petersen, Anfang November nach Kiel gereist. Es war bereits das zweite Treffen der Fachpolitiker im Jahr 2017.



„Die deutsch-dänische Zusammenarbeit lebt vom Austausch und vom regelmäßigen Kontakt“, unterstreicht Landtagspräsident Klaus Schlie, der ebenfalls an den Gesprächen teilgenommen hat: „Dass der Verkehrsausschuss des Folketing in diesem Jahr schon zweimal in Kiel war, zeigt, wie eng unsere Parlamente mittlerweile zusammenarbeiten.“ Auf dem Foto sitzt im Vordergrund die dänische Delegation, dahinter spricht der Dolmetscher.



Gemeinsam für die S-Bahnlinie 4

Der schleswig-Holsteinische Landtag und die Hamburger Bürgerschaft rufen den Bund auf, sich finanziell am Ausbau der S-Bahnstrecke 4 von Altona-Nord nach Bad Oldesloe zu beteiligen. Ende November tagten die Ausschüsse des Landtages und der Bürgerschaft für die Zusammenarbeit der Nord-Länder gemeinsam im Landeshaus und drängten auf eine „baldige Finanzierungszusicherung“ aus Berlin. Für die Nahverkehrsstrecke, die inzwischen komplett im Planfeststellungsverfahren ist, werden neue Gleise verlegt. Dadurch, so die Abgeordneten, werde das Nadelöhr Hamburger Hauptbahnhof entlastet. Personen- und Güterzüge im Fernverkehr bekämen mehr Freiräume. Deswegen müsse sich Berlin zu einem festen Finanzbeitrag bekennen. Insgesamt sind 915 Millionen Euro für das Projekt veranschlagt.

Den Ausschuss für die Zusammenarbeit mit Hamburg hat der Landtag Ende 2016 gebildet. Elf Abgeordnete gehören ihm an, Vorsitzender ist Kai Vogel (SPD). Parallel dazu gibt es einen Ausschuss der Bürgerschaft mit dem gleichen Aufgabenbereich. Die Ausschüsse tagen grundsätzlich gemeinsam.

Rocker-PUA erst im Februar

Der ursprünglich für Ende 2017 angekündigte Parlamentarische Untersuchungsausschuss (PUA) zur sogenannten Rocker-Affäre wird voraussichtlich erst im Februar 2018 an den Start gehen. Die SPD, die den PUA einrichten will, möchte zunächst die laufenden Untersuchungen des Innen- und Rechtsausschusses zu dieser Frage abwarten. Dort werden zurzeit rund 80 Aktenordner aus dem Innenministerium ausgewertet. Bei den parlamentarischen Untersuchungen geht es um den Vorwurf von Mobbing, Aktenmanipulation und der Unterdrückung von Beweismitteln gegen hochrangige Beamte der Landespolizei. So steht die Frage im Raum, ob das Landeskriminalamt im Jahr 2010 die Identität eines vermeintlichen V-Mannes aus Kreisen der Rockergruppe „Bandidos“ verschleiert haben könnte, um das parallel laufende Verbotsverfahren gegen die „Bandidos“ zu schützen. Zudem besteht der Vorwurf, dass Beamte, die auf korrekte Ermittlungen drängten, unter Druck gesetzt wurden.

Haushaltsberatungen im Mittelpunkt

In den Ausschüssen des Landtages stehen zum Jahresbeginn die Beratungen über den Landshaushalt im Zentrum, nachdem der Landtag den Etat im Dezember in Erster Lesung beraten hat. Insgesamt kommen die Expertengremien des Parlaments bis zur Sommerpause etwa 75 Mal zusammen. Viele Sitzungen sind öffentlich. Tagesordnungen sowie eventuelle Terminänderungen stehen im Internet: www.sh-landtag.de, Rubrik „Dokumente“.

Haushaltsberatungen

Montag, 15. Januar: Finanzausschuss mit Innen- und Rechts- sowie Europaausschuss
Mittwoch, 17. Januar: Finanzausschuss mit Wirtschafts- und Umweltausschuss
Donnerstag, 18. Januar: Finanzausschuss mit Bildungsausschuss
Donnerstag, 1. Februar: Finanzausschuss
Donnerstag, 8. Februar: Finanzausschuss - Vorlage der Fraktionsanträge
Donnerstag, 15. Februar: Finanzausschuss - Beschlussfassung über den Haushalt
Mittwoch, 21., bis Freitag, 23. Februar: Zweite Lesung des Haushalts im Landtag

Weitere Ausschusstermine

Innen- und Rechtsausschuss:
 10. Januar, 17. Januar, 31. Januar, 7. Februar, 14. Februar, 28. Februar, 7. März, 14. März, 28. März, 18. April, 2. Mai, 9. Mai, 23. Mai, 30. Mai, 6. Juni, 27. Juni, – jeweils mittwochs um 14:00 Uhr.
Finanzausschuss:
 1. März, 8. März, 15. März, 19. April, 3. Mai, 31. Mai, 7. Juni, 28. Juni – jeweils donnerstags um 10:00 Uhr.
Bildungsausschuss:
 8. Februar, 8. März, 19. April, 7. Juni – jeweils donnerstags um 14:00 Uhr
Sozialausschuss:
 15. Februar, 15. März, 3. Mai, 31. Mai, 28. Juni – jeweils donnerstags um 14:00 Uhr

Umwelt- und Agrarausschuss:

31. Januar, 7. Februar, 28. Februar, 7. März, 18. April, 9. Mai, 23. Mai, 27. Juni – jeweils mittwochs um 14:00 Uhr.

Wirtschaftsausschuss:

31. Januar (in Husum), 28. Februar, 28. März, 2. Mai, 30. Mai, 27. Juni – jeweils mittwochs um 10:00 Uhr.

Europaausschuss:

7. Februar, 7. März, 18. April, 23. Mai – jeweils mittwochs um 10:00 Uhr.

Petitionsausschuss:

16. Januar, 30. Januar, 13. Februar, 27. Februar, 13. März, 27. März, 24. April, 8. Mai, 22. Mai, 5. Juni, 19. Juni, 3. Juli – jeweils dienstags um 9:30 Uhr (die Sitzungen sind in der Regel nicht öffentlich, da hier die persönlichen Anliegen von Bürgern beraten werden).

Ausschuss für die Zusammenarbeit der Länder Schleswig-Holstein und Hamburg:

Nächstes Treffen vermutlich im Februar in Hamburg.



Die Bibliothek des Landtages lädt ein

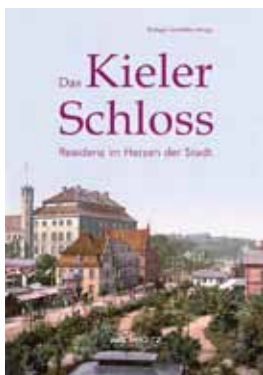
Die Landtagsbibliothek ist eine Service-Einrichtung für Abgeordnete und für Mitarbeiter aus Fraktionen und Verwaltung. Aber sie steht auch der Öffentlichkeit zur Verfügung. Interessierte Bürger sind im zweiten Stock des Landtages herzlich willkommen. Dort stehen 25.000 Bände aus den Gebieten Recht, Politik, Verwaltung, Sozialwissenschaften, Geschichte und Landeskunde. Als Appetithappen stellen die Mitarbeiterinnen der Bibliothek in dieser Serie Werke vor, die in den Räumen der Bibliothek eingesehen werden können. Interessiert? Die Bibliothek ist von Montag bis Freitag zwischen 8:30 Uhr und 12:00 Uhr sowie zwischen 13:00 und 16:00 Uhr geöffnet. Bitte bringen Sie Ihren Personalausweis mit. Weitere Informationen gibt es unter den Telefonnummern 0431/988-1110 und 0431/988-1111. Bei der Büchersuche hilft der Online-Katalog auf der Website des Landtages: www.sh-landtag.de, „Service“, Rubrik „Landtagsbibliothek“.



Dr. Jürgen Westphal: In drei Gewalt. Als Abgeordneter in der Hamburger Bürgerschaft, als Minister in Schleswig-Holstein, als Verfassungsrichter in Hamburg.

Hrsg.: Konrad-Adenauer-Stiftung und Hermann-Ehlers-Stiftung. Sankt Augustin/Berlin 2017. 257 S.

Jürgen Westphal war in seinem Berufsleben in allen drei Staatsgewalten tätig: Als Wirtschafts- und Verkehrsminister in Schleswig-Holstein, als Abgeordneter in der Hamburger Bürgerschaft und im Landtag von Schleswig-Holstein sowie als Richter des Hamburger Landesverfassungsgerichtes. Seine Erinnerungen bieten einen spannenden Einblick in die Geschichte Hamburgs und Schleswig-Holsteins von den 1960er bis in die 1980er Jahre. Viele Anekdoten und Erlebnisse machen die damaligen Geschehnisse greifbar.



Das Kieler Schloss. Residenz im Herzen der Stadt.

Hrsg.: Rüdiger Andreßen.

Kiel/Hamburg: Wachholtz Verlag 2017. 382 S.

Das Kieler Schloss blickt auf eine lange und ereignisreiche Geschichte im Herzen der Stadt zurück. Es wurde als mittelalterliche Burg der Schauenburger Grafen erbaut, zum Witwensitz erkoren, als Haupt- und Nebenresidenz prächtig ausgestaltet und schließlich in den 60er Jahren des vergangenen Jahrhunderts als „Kulturschloss“ für die Bürger Kiels umgebaut. Fünf Autoren spannen den Bogen vom Mittelalter bis zur Gegenwart und beschreiben, welch „Schatz“ sich hinter den Mauern des Schlosses verbirgt, dem Wahrzeichen von „Kiels neuer Mitte“.



Prof. Thomas Straubhaar: Radikal gerecht. Wie das bedingungslose Grundeinkommen den Sozialstaat revolutioniert.

Hamburg: Edition Körber-Stiftung 2017. 247 S.

„Geld für alle. Vom Staat. Ohne Gegenleistung. Einfach so.“ Diese radikale Forderung vertritt der Hamburger Ökonomieprofessor Thomas Straubhaar. Alle Menschen, vom Säugling bis zum Greis, sollen gleichermaßen Monat für Monat einen exakt identischen Geldbetrag in Höhe des Existenzminimums erhalten. Das klingt zu gut, um finanzierbar zu sein? Im Gegenteil, es ist möglich, rechnet Straubhaar vor. Das bedingungslose Grundeinkommen ist für ihn ein liberaler, effektiver und sozialer Weg, Gerechtigkeit und Effizienz in ein nach seiner Auffassung aus dem Gleichgewicht geratenes Sozialsystem zu bringen und so Wesentliches zum inneren Frieden beizutragen.

SH erfolgreich beim Geschichtswettbewerb

Schüler einer 9. Klasse aus Rendsburg haben beim Geschichtswettbewerb des Bundespräsidenten einen von fünf ersten Preisen gewonnen. Till Fischer, Kyra Sepke, Jonna Silber und Lea Zech von der Christian-Timm-Schule hatten sich mit der Geschichte eines jüdischen Friedhofs in Westerrönfeld befasst. Sie nahmen ihren mit 2.000 Euro dotierten Preis in dem Wettbewerb Ende November im Schloss Bellevue in Berlin von Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier entgegen. Unter den 15 Gewinnern des zweiten Preises (1.000 Euro) ist mit dem Elftklässler Maximilian Ferst von der Stormarnschule in Ahrensburg ebenfalls ein Schleswig-Holsteiner. Er befasste sich mit dem deutsch-jüdischen Verhältnis in der Region. Für ihre Arbeit zur Freimaurerei während der Nazizeit bekam die Achtklässlerin Anna Medrow vom Werner-Heisenberg-Gymnasium Heide einen der 30 dritten Preise (s. Landtagszeitschrift 3/2017).

Impressum

Herausgeber:

Der Präsident des Schleswig-Holsteinischen Landtages

Redaktion:

Referat für Öffentlichkeitsarbeit und Veranstaltungsmanagement, Düsternbrook Weg 70, 24105 Kiel
Tobias Rischer (V.i.S.d.P.)
Tel. 0431/988-1120, tobias.rischer@landtag.ltsh.de
Karsten Blaas (Redakteur)
Tel. 0431/988-1125, karsten.blaas@landtag.ltsh.de
Janine Wergin (stellv. Redakteurin)
Tel. 0431/988-1122, janine.wergin@landtag.ltsh.de

Fotos:

Regina Baltschun, Thomas Eisenkrätzer, Michael August, Karsten Blaas, Janine Wergin, Detlef Ziep, Vivien Albers, Yvonne Windel, Holger Stöhrmann, Archiv des Landtages, Landesarchiv 4852 24, Grafikfoto/Michael Staudt, Rainer Sturm/pixelio.de, Stephanie Hofschläger/pixelio.de, Thorben Wengert/pixelio.de, Bernd Stertz/pixelio.de, wind luise/pixelio.de, Claudia Hautumm/pixelio.de, Hermann-Ehlers-Stiftung, Edition Körber-Stiftung, Wachholtz-Verlag, Sparkassen- und Giroverband Schleswig-Holstein, Bundesrat/Frank Bräuer, Wilhelm Knelangen, Björn Wylezich (fotolia), bittedankeschön (fotolia), Thomas Söllner (fotolia), Andrey Popov (fotolia), rcfotostock (fotolia), photoomas (fotolia)

Konzept:

Stamp Media im Medienhaus Kiel, Ringstraße 19, 24114 Kiel, www.medienhaus-kiel.de;
Titelseite: Amatik, Boninstraße 63, 24114 Kiel

Gestaltung, Layout:

Agentur LOADSMAN/I. Schumacher, Arp-Schnitger-Weg 38, 24229 Strande, www.loadsmann.de

Herstellung, Druck:

Druckgesellschaft Joost & Saxen, Eckernförder Str. 239, 24119 Kronshagen, www.druckgesellschaftmbh.de

Bezug der Landtagszeitschrift:

(Abonnement und Versand kostenfrei)
Landtag Schleswig-Holstein, Ref. f. Öffentlichkeitsarbeit und Veranstaltungsmanagement, L1410, Postfach 7121, 24171 Kiel, Telefon 0431/988-1163, Fax 0431/988-1119, bestellung@landtag.ltsh.de

Die Zeitung wird auf umweltschonend hergestelltem, chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.
Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 15. Dezember 2017
Der Landtag im Internet: www.sh-landtag.de

Abgeordnete persönlich

Annabell Krämer, FDP,
geboren am 12. April 1971
in Bad Bramstedt,
zwei Kinder,
Diplom-Kauffrau



Welches Erlebnis hat Sie dazu gebracht, in die Politik zu gehen?

„Das war kein alleiniges Erlebnis. Ich komme aus einem politisch sehr interessierten Elternhaus. Mein Großvater war bereits Stadtvertreter in meiner Heimatstadt und zudem ehrenamtlich sehr engagiert. Das hat mich geprägt und beeindruckt. Zudem hat mich vor 20 Jahren die Aussicht, meine Heimatstadt mitgestalten zu können, dazu bewogen, kommunalpolitisch aktiv zu werden.“

Was wollten Sie als Kind werden?

„Als kleines Kind habe ich immer gesagt: Wenn ich klug werde und ‚Affentur‘ mache, werde ich Lehrerin – ansonsten Schauspielerin. Als Kind war ‚Affentur‘ mein Wort für das Abitur, Kinder schnappen Begriffe ja nicht immer korrekt auf. Damit möchte ich den Beruf der Schauspielerin nicht diskreditieren, aber die Wortwahl meinerseits damals lässt auch erkennen, dass ein Durchblick über die Erfordernisse dieser Berufe zu diesem Zeitpunkt noch nicht wirklich erkennbar war.“

Was war in der Schule Ihr Lieblingsfach?

„Solange es ums bloße Rechnen ging und ein gutes Zahlengefühl reichte – Mathe! Ab der 8. Klasse mit den Schwerpunkten Geometrie, Kurvendiskussionen etc. verblasste diese Leidenschaft im Eiltempo! Den Logarithmus habe ich bis heute nicht begriffen. Später waren eindeutig Deutsch und Geschichte meine Lieblingsfächer.“

Was war Ihr allererster Job?

Mit 13 habe ich mir eine Englandsprachreise durchs Zeitungaustragen verdient, später habe ich samstags in einer Bäckerei

gearbeitet. Von 7:00 bis 15:00 Uhr durchgängig stehen – seitdem habe ich immensen Respekt vor dem Beruf der Fachverkäuferin.“

Was macht Sie wütend?

„Unehrllichkeit oder Halbwissen gepaart mit Arroganz!“

Was muss besser werden in Schleswig-Holstein?

„Unser Selbstbewusstsein – da können wir uns von einigen Bundesländern eine Scheibe abschneiden. Schleswig-Holstein muss sich hinter keinem Bundesland verstecken. Hier leben nicht umsonst die glücklichsten Menschen. Wenn es jetzt auch noch gelingt, Schleswig-Holstein zum mittelstandsfreundlichsten Bundesland zu entwickeln, dann ist die Sache rund!“

Ole-Christopher Plambeck, CDU,
geboren am 20. Januar
1986 in Bad Segeberg,
evangelisch, ledig,
keine Kinder,
Steuerberater



Welches Erlebnis hat Sie dazu gebracht, in die Politik zu gehen?

„Ich bin auf dem elterlichen landwirtschaftlichen Milchviehbetrieb aufgewachsen. Politik in der Gemeinde, aber auch im Land, Bund und Europa wurde oft am Küchentisch diskutiert. So wuchs mein Interesse an Politik. Ich bin ein begeisterter Anhänger der europäischen Idee. Im Rahmen des Europawahlkampfes 2009 bin ich dann in die Junge Union und in die CDU eingetreten.“

Was wollten Sie als Kind werden?

„Da ich im wahrsten Sinne des Wortes im Kuhstall aufgewachsen bin, wollte ich immer Landwirt werden. Kurz vor dem Realschulabschluss kam aber die Idee, zunächst einen anderen Beruf zu lernen und später in die Landwirtschaft zu gehen. So habe ich mit 16 Jahren eine Ausbildung zum Steuerfachangestellten begonnen. Da mir die Ausbildung so gut gefallen hat, bin ich dageblieben und habe mich später zum Steuerfachwirt und schließlich zum Steuerberater weitergebildet.“

Was war in der Schule Ihr Lieblingsfach?

Ganz klar: Geschichte und Sport.

Was war Ihr allererster Job?

„Da ich auf einem Familienbetrieb in der Landwirtschaft groß geworden bin, gab es dort immer jede Menge zu tun. Vom Ausmistern über Melken und Futtererwerb war alles dabei.“

Was macht Sie wütend?

„Gleichgültigkeit und Fremdenhass machen mich wütend. Es kann nicht sein, dass es einigen Menschen schlichtweg egal ist, was mit ihnen oder mit anderen Menschen passiert. Die Gestaltung unserer Gesellschaft geht uns alle an.“

Was muss besser werden in Schleswig-Holstein?

„Wir brauchen endlich die A20 mit westlicher Elbquerung, um Schleswig-Holstein als Dreh- und Angelpunkt in Nordeuropa attraktiv zu machen. Zudem brauchen wir endlich eine ordentliche Ost-West-Verbindung. Nur so können wir Unternehmen und Arbeitsplätze halten. Um Schleswig-Holstein attraktiv zu machen, brauchen wir ebenfalls eine flächendeckende Breitband- und WLAN-Versorgung. Im ÖPNV-Bereich halte ich die Fertigstellung der S21 bis Kaltenkirchen und der S4 bis Bad Oldesloe für sehr wichtig, damit Schleswig-Holstein und Hamburg noch besser verbunden werden und der Süden des Landes verkehrlich entlastet wird. Dabei ist es auch wichtig, das Dickicht in der ÖPNV-Tariflandschaft zu lichten und zu vereinheitlichen. Die ärztliche und pflegerische Versorgung wird in allen Landesteilen diskutiert und muss angepackt werden. Das gilt auch für ausreichende Kinderbetreuung im U3- und Ü3- Bereich.“

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist essentiell und muss unterstützt werden. Schleswig-Holstein ist das Land des Mittelstandes. Gerade die berufliche Bildung ist wichtig und hat in der Jamaika-Koalition einen besonderen Stellenwert bekommen. Ebenso werden der Unterrichtsausfall und mehr Qualität durch mehr Lehrer endlich angepackt. Dies sind nur einige Beispiele. Es gibt viele Themen, die wir anpacken werden.“



Besatzungsmitglieder der „Gorch Fock“ haben Ende Oktober das an der Nordseite des Landeshauses aufgestellte Unterwamt des Segelschulschiffes überholt. Das Wamt vom Großmast wurde 2004 vor dem Parlament in einem 15 Meter hohen Stahlgerüst aufgeriggt und ist seitdem Anziehungspunkt für Besucher und Spaziergänger. Die „Gorch Fock“ ist seit 1982 Patenschiff des Landtages.



Diese zwei Kostüme aus der Sammlung des Kieler Theatermuseums standen bis Ende November im erste Stock des Landeshauses: ein Kettenhemd aus einer Inszenierung von Shakespeares „König Lear“ aus der Spielzeit 1949/50 und ein Mantel aus Vivaldis Oper „Ottone in Villa“, die 2003/04 auf die Bühne gebracht wurde.

Der Landtag sammelt seit kurzem leere Kugelschreiber und unterstützt damit den Naturschutz. Angela Fuß von der Stiftung Naturschutz brachte Mitte November zwei Sammelboxen in den Landtag. In ihnen werden alte Stifte und andere Plastik-Büroartikel entsorgt. Für jeden gesammelten Kuli erhält die Stiftung einen Cent vom Recycling-Unternehmen Terracycle, das den Müll einschmilzt und wiederverwertet.



Zu Besuch im Landeshaus

Die aus Theater und TV bekannten Schauspieler Oliver Mommsen, Tanja Wedhorn und Roman Knižka (v. li.) lasen Ende November im Plenarsaal aus Gedichten und Briefen von Theodor Storm und Theodor Mommsen. Für Tatort-Kommissar Oliver Mommsen ein Blick in die eigene Familiengeschichte: Er ist ein Urenkel des Althistorikers und Literatur-Nobelpreisträgers Theodor Mommsen.



Ebenfalls mit Storm und Mommsen befassten sich die Schriftsteller Simon Strauß („Sieben Nächte“) und Andrea Paluch („Hauke Haiens Tod“) sowie NDR-Moderator Jan Ehlert. Die Würdigung der beiden großen Nordfriesen anlässlich ihres 200. Geburtstages lockte rund 350 Gäste ins Landeshaus.

Termine, Termine, Termine ...

Holocaust-Gedenktag am 26. Januar im Landeshaus



Rudolf Katz

Zum Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus lädt der Landtag am Freitag, den 26. Januar, in den Plenarsaal des Landtages.

Die Befreiung des Vernichtungslagers Auschwitz durch sowjetische Truppen jährt sich am 27. Januar zum 73. Mal. Weil der Termin in diesem Jahr auf einen Sonntagabend fällt, den jüdischen Sabbat, wurde die Veranstaltung vorverlegt.

Nach einem Grußwort von Landtagspräsident Klaus Schlie erinnert der Publizist Klaus-Detlev Godau-Schüttke an den Juristen und Politiker Rudolf Katz (1895 bis 1961). Aus einer jüdischen Familie stammend besuchte Katz Gymnasium und Universität in Kiel und wirkte anschließend als Rechtsanwalt und Stadtverordneter in Altona. 1933 floh er nach Frankreich, 1935 in die USA. Nach seiner Rückkehr war er von 1947 bis 1950 schleswig-holsteinischer Justizminister, SPD-Landtagsabgeordneter sowie ab 1951 Vizepräsident des Bundesverfassungsgerichts. Als Mitglied des Parlamentarischen Rates war Rudolf Katz einer der Väter des Grundgesetzes.

Die Gedenkstunde endet mit Gebeten des evangelischen Bischofs Gothart Magaard und des Rabbiners Dov-Levy Barsilay. Den musikalischen Rahmen gestaltet die Klezmer-Gruppe „Mischpoke“ aus Hamburg.

Die Veranstaltung beginnt um 13:00 Uhr. Um Anmeldung wird gebeten beim Referat für Öffentlichkeitsarbeit. E-Mail: anmeldung@landtag.ltsh.de. Gäste erhalten per Post eine Einlasskarte. Die Zahl der Plätze ist begrenzt.

Der Landtag lädt zum Offenen Besucherabend

Das Referat für Öffentlichkeitsarbeit lädt auch im Jahr 2018 zum Offenen Besucherabend ins Landeshaus. An 14 Montagen stehen der Plenarsaal sowie weitere zentrale Bereiche des historischen Gebäudes offen. Vier Führungen sind auf Plattdeutsch und werden vom Schleswig-Holsteinischen Heimatbund angeboten. Das Programm dauert gut eine Stunde und beginnt um 18:00 Uhr im Eingangsbereich. Voranmeldungen sind nicht erforderlich. Nur ihren Personalausweis sollten Gäste dabei haben.

Die Termine: 29. Januar, 26. Februar, 5. März (op Platt), 26. März, 30. April, 28. Mai, 4. Juni (op Platt), 25. Juni, 27. August, 3. September (op Platt), 24. September, 29. Oktober, 26. November, 3. Dezember (op Platt).

Die Bürgerbeauftragte vor Ort

Die Bürgerbeauftragte für soziale Angelegenheiten, Samiah El Samadoni, ist auch Anfang 2018 wieder im Lande unterwegs, um Bürger vor Ort zu beraten.

Donnerstag, 4. Januar:
Lübeck

Dienstag, 16. Januar: Heide

Dienstag, 30. Januar:
Schwarzenbek

Donnerstag, 1. Februar:
Lübeck

Donnerstag, 15. Februar:
Flensburg

Dienstag, 20. Februar: Heide

Donnerstag, 1. März:
Lübeck

Donnerstag, 15. März:
Wentorf

Dienstag, 20. März: Heide

Termine in **Lübeck** bei der Deutschen Rentenversicherung Nord, Ziegelstr. 150, 10:00 bis 17:00 Uhr. Termine in **Heide** im Rathaus, Postelweg 1, 11:00 bis 15:00 Uhr. Termin in **Schwarzenbek** im Rathaus, Ritter-Wulf-Platz 1, von 11:00 bis 15:00 Uhr.

Termin in **Flensburg** im Rathaus, Rathausplatz 1, von 11:00 bis 15:00 Uhr.

Termin in **Wentorf** im Rathaus, Hauptstraße 16, von 9:00 bis 13:00 Uhr.

Zu den Terminen ist eine Anmeldung erforderlich. Tel.: 0431/988-1240. Hinzu kommen die regelmäßigen „Dienstleistungsabende“ in **Kiel**, Karolinenweg 1: **jeden Mittwoch** von 15:00 bis 18:30 Uhr.

Landtag und IB.SH fördern weiter die Kultur

Auch in der neuen Wahlperiode engagieren sich der Landtag und die Investitionsbank Schleswig-Holstein (IB.SH) gemeinsam für die Kultur im Lande. Parlamentspräsident Klaus Schlie (li.) und Erk Westermann-Lammers, Vorstandsvorsitzender der IB.SH, unterzeichneten Anfang November den neuen Kooperationsvertrag. Die Zusammenarbeit steht unter dem Motto „Kulturland Schleswig-Holstein“. Die Idee: Regionale Institutionen erhalten die Möglichkeit, sich im Landtag einem breiten Publikum vorzustellen. Die IB.SH unterstützt die Projekte finanziell. Nachdem Ende 2017 bereits das Kieler Theatermuseum seine Sammlung präsentiert hat, wird die Ausstellungsreihe vom 5. März bis zum 28. April 2018 mit dem Ostholstein-Museum Eutin fortgesetzt. Die Ausstellung ist täglich von 10:00 bis 18:00 Uhr geöffnet. Eine Anmeldung ist nicht erforderlich, bitte bringen Sie Ihren Personalausweis mit.

